

Gunter Holzweißig

**KLASSENFEINDE UND
"ENTSPANNUNGSFREUNDE"
WEST-MEDIEN IM FADENKREUZ
VON SED UND MFS**

Berlin 1995

Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Band 2

Copyright 1995 beim Autor

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Krausenstraße 8, 10117 Berlin

INHALT

Vorbemerkungen und Problemskizze	4
1. Der Westen im Osten: Zur Wirkung der West-Medien auf die DDR-Bürger	6
2. Kampf gegen Windmühlenflügel: Die SED in permanenter Defensive	16
3. West-Korrespondenten unter Partei- und MfS-Aufsicht ...	25
4. Gratwanderung einiger West-Journalisten zwischen Objektivität, Anbiederung und Irrtum	35
5. "Entpannungsbeseelte" Pressearbeit in der bundes- deutschen Ständigen Vertretung in Ostberlin	48
Anmerkungen	59
Dokumentenverzeichnis und Dokumente	60
Literaturhinweise	76
Zum Autor	77

Vorbemerkungen und Problemskizze

Auf Einladung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Martin Gutzeit, habe ich am 8. März 1995 einen öffentlichen Vortrag zum Thema "SED, MfS und westliche Medien - West-Korrespondenten unter Partei- und MfS-Kontrolle in den 70er und 80er Jahren" gehalten. Der Vortrag basierte auf einem Kapitel einer geplanten, aktengestützten Monographie über die totalitäre Informationspolitik der SED. Aufgrund des beträchtlichen, jedoch inhaltlich zwangsläufig verkürzten Medienechos und der zahlreichen Nachfragen nach dem vollständigen Text habe ich mich entschlossen, eine erweiterte Fassung des Vortrages in der Schriftenreihe des Landesbeauftragten zu veröffentlichen.

Die sich an meinen Vortrag anschließende Diskussion, an der sich mehrere ehemalige westdeutsche DDR-Korrespondenten beteiligten, verlief teilweise kontrovers. Dabei hielt man mir unter anderem zu Recht vor, ich hätte auch die Angehörigen der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ostberlin über den Wahrheitsgehalt der von mir zitierten Vermerke ihrer Gesprächspartner aus dem Partei- und Staatsapparat der DDR befragen sollen. Dies habe ich bei Hans-Otto Bräutigam, dem heutigen Justizminister von Brandenburg und früheren Leiter der Ständigen Vertretung, sowie Eberhard Grashoff, dem langjährigen Pressereferenten der Ständigen Vertretung, nachgeholt. Deren Stellungnahmen wurden in den Text eingearbeitet. Von der Veröffentlichung des vollständigen Textes erhoffe ich mir, die wegen der Kürze der Vortragszeit aufgetauchten Mißverständnisse durch meine umfangreichen Belege auszuräumen zu können.

Die irrationale und kapriolenreiche Medienpolitik der SED erklärt sich weitgehend - und dies galt auch für ihre Deutschland-, Außen- und Innenpolitik - aus ihrer ständigen Verunsicherung durch die Präsenz und den nachhaltigen Einfluß der westdeutschen Medien in der DDR. Bis in die 60er Jahre hinein hegte die SED noch ernsthaft die Illusion, Parteien, Verbände und sonstige Institutionen der Bundesrepublik unterwandern und propagandistisch in ihrem Sinne politisch aufweichen zu können. Danach beschränkte sie unter dem Eindruck ihrer schleichenden Destabilisierung ihre Westarbeit - abgesehen von dem letztlich erfolglosen Groß-einsatz der MfS-Kundschafter - auf vergebliche Eindämmungsversuche

des unaufhörlich sprudelnden west-östlichen Informationsflusses. Ihn speisten in erster Linie die westdeutschen Hörfunk- und Fernsehstationen, die in den 80er Jahren fast alle DDR-Bewohner einschalteten. Die bundesdeutschen elektronischen Medien stützten sich in ihrer Berichterstattung jedoch auch auf schlagzeilenträchtige Vorgänge und Hintergrundberichte, die westdeutsche Zeitungen und Zeitschriften in der DDR recherchiert hatten. Deshalb nahm die SED-Führung die Auseinandersetzung mit den Printmedien ebenso ernst, obwohl diese dem Normalbürger nicht zugänglich waren.

Zur Entschärfung innenpolitischer Gefahrenpotentiale wußte sich die Agitationsbürokratie in ihrer Gegeninformation zuweilen nicht anders zu helfen, als stillschweigend die Kenntnis westlicher Quellen vorauszusetzen. Gleichzeitig versuchte man, alle Möglichkeiten zur Beeinflussung westdeutscher Journalisten auszuschöpfen. Die Palette reichte von der besonderen, noch zu erforschenden "Betreuung" und Desinformation der in der DDR akkreditierten Korrespondenten durch das MfS über eine großzügige und entgegenkommende Behandlung von Reisekorrespondenten bis zur Abschöpfung "entspannungsbeseelter" Mitarbeiter der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ostberlin, die westdeutsche Journalisten zur Mäßigung anhalten sollten. Dabei stießen die dafür zuständigen Mitarbeiter der Abteilung Journalistische Beziehungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei einigen Bonner Beamten, aber auch bei prominenten Journalisten, wie beispielsweise Theo Sommer oder Peter Scholl-Latour, durchaus auf Verständnis. Diesbezügliche Gesprächsvermerke und Korrespondenzen wurden stets zur Chefsache erklärt. Sie landeten umgehend auf Honeckers Schreibtisch und verblieben dann häufig nach einer mündlichen "Auswertung" in den Akten des zuständigen Agitationssekretärs Joachim Herrmann.

Die in der Regel seriöse DDR-Berichterstattung westdeutscher Korrespondenten konterkarierten in den 80er Jahren nicht selten die Heimatredaktionen der elektronischen Medien durch Anbiederung und Schönfärberei. Da dies den Medienlenkern der SED nicht verborgen blieb, verwundern ihre letzten Endes erfolglos gebliebenen Versuche nicht, für den Hausgebrauch daraus Kapital zu schlagen.

1. Der Westen im Osten: Zur Wirkung der West-Medien auf die DDR-Bürger

Heinz Geggel, einstmals gefürchteter ZK-Agitationschef im SED-Zentralkomitee, stammelte am 19. Oktober 1989, einen Tag nach Honeckers erzwungenem Rücktritt, vor Spitzenjournalisten der Partei auf seiner "Donnerstags-Argu" nur noch späte Einsichten. Darunter diese:

"Medien sind dazu da, Fragen der Bürger zu beantworten, unsere, nicht die der Westmedien. Gestern im Westfernsehen die Stimmen vom Alex! Gut die haben die Schlimmsten genommen, aber es wurde von unseren Bürgern gesagt! Alles von öffentlichem Interesse veröffentlichen - vor dem Westen! Wir hatten ja hier den Zustand, daß man sich im Westen über uns informieren mußte. Das war doch unhaltbar."¹

Unter diesem Informationsdefizit litten nicht nur der überwiegende Teil der Bevölkerung, sondern auch reformwillige SED-Mitglieder und Funktionäre. Schon einige Tage vor Geggels Auftritt besaß ein Journalist der Chemnitzer SED-Bezirkszeitung "Freie Presse" den Mut, das Ergebnis einer Gesprächsrunde in einem Plauener Betrieb auf den Punkt zu bringen:

"Wer nicht regelmäßig die Westmedien verfolgt, begreift manche Veröffentlichungen bei uns überhaupt nicht. Und selbst über wichtige innenpolitische Ereignisse erfährt man mitunter überhaupt erst oder zumindest mehr aus dem Westen als aus den eigenen Medien."²

Nicht erst kurz vor beziehungsweise unmittelbar nach dem Ende der SED-Herrschaft kamen einige Leipziger Medienwissenschaftler zu ähnlichen Erkenntnissen, über die sie allenfalls in geschlossenen Zirkeln diskutieren konnten. So ermittelte bereits 1978 eine Mitarbeiterin des Zentralinstituts für Jugendforschung, dessen Analysen meistens als "Vertrauliche Verschlußsache" im Panzerschrank landeten, bei "Westsenderempfängern" Desinteresse an der DDR-Presse. Eine Binsenwahrheit - doch der Abteilungsleiter Jugendforschung des Instituts disqualifizierte den gesamten Bericht als "so gut wie nicht verwendbar" für die Leitungstätigkeit.³

¹ Ulrich Bürger (1990), S. 228.

² Peter Schulze: Dialog im Klartext. In: Freie Presse, 13. Oktober 1989.

³ Anita Weiß: Einflüsse der Westsender auf Denk- und Verhaltensweisen Jugendlicher (Manuskriptdruck, Leipzig August 1978, S. 14) mit der Stel-

Eine andere, für die Partei niederschmetternde Erkenntnis der Leipziger Jugendforscher, wonach im Jahre 1988 nur noch vier Prozent der Jugendlichen eine volle Übereinstimmung der Informationen aus den DDR-Medien mit ihren Lebenserfahrungen bestätigen konnten, durfte selbstredend erst nach der Wende publiziert werden.⁴ Bereits auf der Donnerstags-Argu am 23. Oktober 1980 erteilte das Zentralkomitee die aus der Mitschrift eines Redakteurs von "Neues Deutschland" ersichtliche "Absolute Weisung: Materialien des Institutes für Jugendforschung Leipzig nicht verwenden."⁵

Unter den Papieren, die zur Vorbereitung auf den durch die Wende verhinderten XII. SED-Parteitag gedacht waren, befindet sich in den Akten von Egon Krenz eine Studie der Sektion Journalistik der Leipziger Universität, die Hans Poerschke und Siegfried Schmidt im Mai/Juni 1989 verfaßt hatten. Ihr Thema: "Zur Rolle der journalistischen Massenmedien im geistigen Leben der DDR."⁶ Neben den üblichen parteilichen Ergebnissfloskeln schimmert darin schon "Neues Denken" durch, so die "Forderung nach reichhaltiger und reaktionsschneller Information". Dabei müsse es gelingen, "die reale Widersprüchlichkeit [im Original unterstrichen; G. H.] der gesellschaftlichen Gegenwart allseitig und umfassend, in ihrer ganzen Tiefe und oft auch Schmerzhaftigkeit erfäßbar zu machen." Dazu gehöre auch die Vermittlung historischer Erfahrungen und - vermutlich eine Anspielung auf das "Sputnik"-Verbot -der "bitteren Lehren" der Arbeiterbewegung. Keines dieser Probleme solle dem Gegner überlassen werden. Abschließend verlangten die Autoren gar eine Regionalisierung des Fernsehens und machten dies mit dem Argument schmackhaft: Da "unser politischer Gegner in diese Sphäre" große Mittel investiere, müsse "die Auseinandersetzung auch auf diesem Gebiet verstärkt geführt werden".

Auch wenn Wissenschaftler der ehemaligen DDR im nachhinein glauben machen wollen, es habe seit Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre eine Phase gegeben, in der die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihrer Staats-

lungnahme von Bernd Heider vom 19. September 1978, S. 1. Fundort: Bibliothek SAPMO-BArch, FDJ/5852.

⁴ Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/1990, S. 32.

⁵ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/4.

⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/17.

führung gestanden habe,⁷ so deuten doch parteiinterne Untersuchungen über den Einfluß des Westfernsehens in eine andere Richtung. Die Hinwendung zu den "Feindsendern" schloß ja nicht nur Informationslücken, sondern signalisierte auch eine Form der inneren Emigration. Einem zusammenfassenden Bericht des Sektors Rundfunk/Fernsehen der ZK-Abteilung Agitation vom 21. Juli 1966⁸ ist zu entnehmen, daß sich schon damals 90 Prozent der Bevölkerung, darunter auch die Mehrzahl der Parteimitglieder, hauptsächlich aus Westmedien informierten. Weitere aufschlußreiche Ergebnisse der republikweiten SED-Umfrage: Gemeinderatssitzungen wurden bei interessanten Westprogrammen verlegt; Studenten boykottierten Schnitzlers "Schwarzen Kanal", Jugendliche hörten vorwiegend Radio Luxemburg, Deutschlandfunk und Sender Freies Berlin; Ferdinand May, der Vater der Brecht-Interpretin Gisela May, Schriftsteller und SED-Mitglied in Leipzig, wollte es sich nicht nehmen lassen, die Auftritte seiner Tochter in München und anderen bundesdeutschen Städten im Westfernsehen zu verfolgen; der Parteisekretär der LPG Geba (Kreis Meiningen) erklärte unumwunden, mit einer Ausnahme würden alle Funktionäre des Orts "Weststationen" hören und sehen:

"Bei uns im Ort gibt es nur einen, der nicht sieht und hört, und das ist ein Angehöriger der Deutschen Volkspolizei. Für ihn besteht ein Befehl, daß er nicht darf."

Sofern er es wünschte, konnte prinzipiell jeder Bewohner der DDR westdeutsche elektronische Medien nutzen. In Gebieten, in denen bundesdeutsche Fernsehprogramme nicht terrestrisch zu empfangen waren, wie beispielsweise in großen Teilen des Bezirks Dresden, dem "Tal der Ahnungslosen", bestand zumindest die Möglichkeit, westliche Rundfunkstationen zu hören. So den Kölner Deutschlandfunk, der flächendeckend die DDR versorgte. Er berücksichtigte, ähnlich wie RIAS Berlin, auftragsgemäß stärker als die meisten anderen westdeutschen Sender die spezifischen Interessen seiner Hörer in der DDR. Der langjährige Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunks, Karl Wilhelm Fricke, bemerkte dazu, er und seine Kollegen seien in ihrer Arbeit davon ausgegangen, einen Informationssender und keinen Interventionssender zu betreiben.⁹ Dies sahen die SED-Propagandisten natürlich an

⁷ Heinz Niemann (1993), S. 31.

⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/902/68.

⁹ Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode. Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Protokoll Nr.

ders. In der Durchbrechung ihres Informationsmonopols erblickten sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

In den 80er Jahren verzichteten nur noch wenige "strenggläubige" Anhänger des Systems auf das bundesdeutsche elektronische Informationsangebot. Hätte es dies nicht gegeben, würde der ohnehin schwierige Einigungsprozeß noch komplizierter verlaufen. Obwohl die persönliche Anschauung natürlich nicht durch Fernsehbilder zu ersetzen ist, förderte der allabendliche Blick in den Westen gleichwohl das Vorstellungsvermögen vom Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie. Wie dies geschah, beschrieb der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende in der letzten Volkskammer, Richard Schröder, in seiner Rede zum "Tag der Einheit" 1993 im Berliner Schauspielhaus:

"Wir waren per Fernsehen Zaungäste der Bundesrepublik. In Ost-Berlin konnte man erleben, daß aus dem Führerhaus des Milchautos die Bundestagsdebatte tönnte. Wir haben schon ein bißchen am politischen Leben der zweiten Republik auf deutschem Boden teilgenommen. Und manche von uns haben es bewundert, wie das möglich ist: die harte Auseinandersetzung in der Sache, das Aufeinandertreffen entgegengesetzter Beurteilungen und dennoch ein stabiler Staat. Gegner bleiben, ohne Feind zu werden."¹⁰

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Barbe, zu DDR-Zeiten eine aktive Bürgerrechtlerin, hob hervor, welche Bedeutung insbesondere die westdeutschen Hörfunksender für die intellektuelle Munitionierung der DDR-Opposition besaßen.¹¹ Buchlesungen aus Aleksandr Solschenizyns "Der Archipel GULAG" oder Sebastian Haffners "Anmerkungen zu Hitler" verschafften ihr, ebenso wie Texte von Jürgen Fuchs oder Lessek Kolakowski, Zugang zu in der DDR verbotener Literatur. Dabei waren ihr nicht nur Inhalte und Denkanstöße wichtig, sondern auch die glaubwürdige und verständliche Sprache. Sie tippte die Texte ab und verbreitete sie als Diskussionsgrundlage für oppositionelle Kirchengruppen. Nicht zuletzt habe der westliche Hörfunk auch durch die Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen zur innerkirchlichen Kommunikation in der DDR beigetragen.

Das Medienkonsumverhalten der meisten DDR-Bewohner ähnelte jedoch

51. S. 126.

¹⁰ DIE ZEIT, Nr. 41 vom 8. Oktober 1993.

¹¹ A.a.O. Anm. 9, S. 148f.

weitgehend dem der Altbundesbürger. Unterhaltungsprogramme erhielten ebenso wie Sportsendungen den Vorzug vor Kultur- und Bildungsangeboten. Politische Magazine, wie insbesondere "Panorama" von der ARD und "Kennzeichen D" des ZDF, und Informationssendungen mit hohem Nachrichtenwert stießen indessen auf größeres Interesse als in der Bundesrepublik. Diese Annahmen bestätigte bereits eine Befragung von Übersiedlern aus der DDR, wenngleich der angesprochene Personenkreis aus naheliegenden Gründen nicht repräsentativ war.¹² Die Popularität der elektronischen Medien der alten Bundesrepublik für Rezipienten in der ehemaligen DDR beruhte in erster Linie auf zwei Gründen: Zum einen galten sie als glaubwürdiger, weil sie auch kritisch über das eigene System berichteten, und zum anderen entsprachen die aufwendig gestalteten Unterhaltungsprogramme und insbesondere die für Jugendliche produzierten Musiksendungen eher dem Geschmack der Hörer und Zuschauer als das in fast allen Sparten ideologisierte Angebot der DDR-Sender. In der beträchtlichen Hörer- und Zuschauerpost aus der DDR an westdeutsche Sendeanstalten kam dies deutlich zum Ausdruck.

Der private Empfang westlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme war in der DDR zwar nie ausdrücklich unter Strafe gestellt, doch galt er als ideologisch unerwünscht. Bei politischen Strafverfahren konnte er den Angeklagten als Ausdruck einer moralischen Fehlentwicklung angelastet werden. Während noch kurz nach dem Mauerbau im Herbst 1961 von FDJ-Kolonnen nach Westen gerichtete Antennen im Zuge der "Aktion Ochsenkopf" - benannt nach dem Standort des Sendeturms im bayerischen Fichtelgebirge - von den Dächern gerissen wurden, gab sich Honecker nach seinem Machtantritt konzilient. Da er nicht zusätzlich eine Mauer zur Abwehr "feindlicher Ätherwellen" errichten konnte, pries er die DDR als ein weltoffenes Land, das die Konkurrenz angeblich nicht zu scheuen brauchte. Seit den 70er Jahren holten sich daher auch zunehmend systemtreue Kader wie Lehrer, NVA- oder MfS-Offiziere die Sender des "Klassenfeindes" ins Wohnzimmer. In den 80er Jahren diskutierten sie dann schon gelegentlich am Arbeitsplatz über das am Vorabend Gesehene. Schließlich war inzwischen die Informationspolitik der SED so deformiert, daß sie selbst Vorkenntnisse aus westlichen Quellen zum Verständnis ihrer eigenen Verlautbarungen voraussetzte. Nicht zuletzt deshalb hatten die in Ostberlin akkreditierten westdeutschen Hörfunk- und Fernsehkorrespondenten in der DDR ein aufmerksameres Publikum als in der

¹² Kurt Hesse (1988), S.41ff.

Bundesrepublik. Im Westen interessierte sich die breite Öffentlichkeit allenfalls für spektakuläre Vorgänge in den innerdeutschen Beziehungen und in der DDR.

Seit Anfang der 80er Jahre gestattete das Postministerium der DDR stillschweigend in einigen größeren Neubaugebieten die Errichtung von Gemeinschaftsantennenanlagen, in die auch ARD- und ZDF-Programme, soweit sie vorher mit Einzelantennen empfangen werden konnten, eingespeist wurden. Als Ende der 80er Jahre in zahlreichen Eingaben auch noch die Einbeziehung von SAT 1 in das bescheidene Kabelnetz gefordert wurde, war für die SED-Führung die Schmerzgrenze erreicht. Obwohl der kommerzielle Sender nur in wenigen Grenzgebieten terrestrisch empfangen werden konnte, erfreute er sich aufgrund seines Boulevardcharakters schnell einer großen Beliebtheit. Günter Schabowski sah sich deshalb in seiner Funktion als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin genötigt, dem "lieben Achim" (Joachim Herrmann) am 18. Dezember 1987 in der ihm eigenen impulsiven Diktion seine Bedenken mitzuteilen:

"Beiliegend übermittele ich Dir zur Information eine knappe Darstellung unseres Standpunktes zu den hier und da laut werdenden Forderungen, staatliche Mittel für die Gewährleistung des Empfangs des Hetzsenders 'SAT 1' einzusetzen. Wir lehnen dies ab. Das Ganze ist überhaupt nur als erörterungswürdiges Ansinnen zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir seinerzeit die technischen Empfangsmöglichkeiten für die drei Fernsehprogramme der ARD und des ZDF geschaffen haben. Das kann u. E. nicht bedeuten, daß wir bei jedem Drecksender, den der Gegner neu installiert, ihm noch die Wirkung seiner Hetze bei uns finanzieren. Wir stehen ja in puncto Weltoffenheit in Europa einzigartig da."¹³

Nach der Rundfunkanordnung vom 28. Februar 1986 konnten sogar Bürgergemeinschaften oder einzelne Bürger nach Antragstellung unter bestimmten Auflagen Gemeinschaftsantennenanlagen betreiben. Mit der Begründung, DDR-Sender würden noch nicht über Satellit ausgestrahlt, durften private Satellitenempfangsanlagen allerdings offiziell nicht installiert werden. Dennoch geschah dies zunehmend auf eigene Faust, was teilweise toleriert, aber auch gelegentlich unterbunden wurde. Insbesondere bei der Bezirksdirektion Dresden der Deutschen Post traf eine Vielzahl von diesbezüglichen Anträgen ein.

¹³ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/14.

Aus einem als "Persönlich" und "Streng Vertraulich" eingestuften Bericht des Staatssekretärs im Postministerium, Manfred Calov, an das Politbüromitglied Günter Mittag vom 28. März 1988 wird die Ratlosigkeit der Parteifunktionäre deutlich:

"Die Forderungen der Bürgergemeinschaften und Bürger, den Westempfang zu genehmigen, werden immer massiver. Es kommt zu ständigen Auseinandersetzungen. Die gesamte Problematik wird immer mehr zum Politikum, zumal die Versuche seitens der Bürger und Bürgergemeinschaften zur unbedingten Erreichung des Satellitenempfangs forciert werden und das Aussprechen von Ordnungsstrafen bei Nichteinhaltung der Bestimmungen nicht zum gewünschten Ziel führt."¹⁴

Unter den umfangreichen Anlagen zu Calovs Bericht befindet sich auch die Abschrift einer Eingabe des Rates der Stadt Weißenberg (Kreis Bautzen) an Honecker. Der Bürgermeister, die Vorsitzenden des Ortsausschusses der Nationalen Front, der Blockparteien und sogar der SED-Wohnparteiorganisation Weißenbergs verwiesen unverblümt auf die existentielle Notwendigkeit des Westfernsehempfangs zur Beschwichtigung der allgemeinen politischen Unzufriedenheit, für die Verbesserung der Arbeitsmoral und nicht zuletzt zur Eindämmung der Ausreiseanträge:

"Seit 1987 im Mai wird in Weißenberg über die Satellitenempfangsanlage empfangen. Hierbei handelt es sich zur Zeit um die Regionalprogramme WDF und Bayern. Wir müssen feststellen, daß seit dieser Zeit eine echte Zufriedenstellung der Bürger seit Bestehen der Gemeinschaftsantennenanlage zu verzeichnen ist, die sich fast alle Bürger der Stadt mit einem enormen Zeit- und Arbeitsaufwand selbst geschaffen haben. In Gesprächen mit den Bürgern ist ständig zu erkennen, daß sich die Einstellung der Bevölkerung seitdem zum Positiven hin entwickelt hat, da sie nun durch einen breiteren Informationsfluß mit vielen Dingen noch realer konfrontiert wird. Wir schätzen ein, daß dadurch auch die Arbeitsfreudigkeit der Bürger gestiegen ist, und wir zur Zeit auch keinerlei politische Probleme mehr mit den Bürgern haben. Von den Mitgliedern der Interessengemeinschaft liegen auch keine Übersiedlungersuchen mehr vor. Wir bitten Sie als demokratischen Block der Stadt Weißenberg, unsere Bevölkerung bei der positiven Lösung des Problems zu unterstützen. Wir wissen auch, daß eine Maßnahme des Abbaus der Spiegelanlage auf keiner-

¹⁴ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/276.

lei Verständnis der Bürger stoßen würde und uns als Rat bzw. demokratischer Block in der Folgezeit enorme politische Probleme in der Zusammenarbeit mit unseren Bürgern aufwerfen würde, da sie den Wünschen der Bürger der Stadt sowie auch der angeschlossenen Gemeinden des Gemeindeverbandes voll widersprechen würde."

Staatssekretär Calov berichtete am 23. August 1988 vor dem SED-Politbüro über den Sachstand und unterbreitete Vorschläge, die die Politbürokraten billigten, obwohl sie praktisch auf eine völlige Liberalisierung bei Genehmigungsverfahren für Satellitenanlagen hinausliefen. Dennoch dürfte Günter Mittag in seinem am 28. Februar 1989 im Politbüro vortragenen Untersuchungsbericht¹⁵ über angebliche ideologische Aufweichungserscheinungen in der von Hans Modrow geleiteten SED-Bezirksparteiorganisation Dresden nicht von ungefähr auf die rapide steigende Zahl von Anträgen zur Errichtung von Empfangsanlagen verwiesen haben. Danach waren zum Stichtag 10. Februar 1989 von der Deutschen Post 203 Anlagen im Bezirk Dresden registriert. 250 neue Anträge seien in den vorangegangenen fünf Monaten - also seit dem erwähnten Politbürobeschluss vom August des Vorjahres - gestellt worden.

Die SED erblickte durchaus zu Recht auch in den westlichen Printmedien einen Destabilisierungsfaktor ihres totalitären Informationssystems, obwohl ausländische und westdeutsche Zeitungen und politische Zeitschriften, sofern sie nicht von Kommunisten herausgegeben wurden, nur in wenigen Exemplaren für den Dienstgebrauch in die DDR eingeführt werden durften. Doch die bundesdeutschen elektronischen Medien bezogen sich in ihren Sendungen natürlich auch auf schlagzeilenträchtige Vorgänge aus der DDR-Berichterstattung der Printmedien. Im Sommer 1989 lieferte Honecker persönlich ein Beispiel dafür, wie grotesk der Umgang mit Veröffentlichungen westdeutscher Zeitungen sein konnte. Er setzte einfach voraus, daß ein Bericht der "Bild"-Zeitung über seine Erkrankung allgemein bekannt war und griff selbst zur Feder. In einem ausnahmsweise mit "E.H." gezeichneten Artikel für "Neues Deutschland" vom 12. September mokierte er sich:

"Es gibt keinen Zweifel, daß in Springers 'Bild'-Zeitung die klügsten Köpfe der Bundesrepublik sitzen. Kein Tag vergeht, ohne daß sie sich einen Geistesblitz aus den Fingern saugen würden. Dabei wird das Gehirn erst gar nicht beansprucht, und die Aufmerksamkeit ihrer

¹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2317.

Leser schätzen sie entsprechend ein. Für die Gehirnmasse dieser Springer-Leute paßt keine andere Schale. Sie bleibt zu klein, um zwischen Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden. Was soll's. Offensichtlich kennen sie nicht einmal Goethe, der diese Frage einschlägig behandelt hat. Laut 'Bild' wollte Honecker gestern 'schon nicht mehr leben' - 'Bauchspeicheldrüsenkrebs'. Heute fette Schlagzeile: 'Honecker will sterben'. ..."

Am Tage darauf sah sich "Neues Deutschland" zur peinlichen Korrektur eines Druckfehlers genötigt: Statt "wollte" Honecker nicht mehr leben, hätte es "sollte" heißen müssen. Offensichtlich hatte sich niemand getraut, das Manuskript des Generalsekretärs vorher zu redigieren.

Einige, der Wiedervereinigung skeptisch gegenüberstehende Kommunikationswissenschaftler in Ost und West bezeichneten die friedliche Revolution des Herbstes 1989 als eine "Medienrevolution". Gemeint war damit, die Berichterstattung der westdeutschen elektronischen Medien über die Fluchtwelle habe die Wende erst herbeigeführt. Sicherlich ist nicht zu verkennen, daß beispielsweise die Bilder von dem Sturm der Flüchtlinge auf die deutsche Botschaft in Prag oder von den Leipziger Montagsdemonstrationen den Rücktritt der noch Regierenden beschleunigt haben dürften. Doch westliche Medien konnten schließlich nur über das berichten, was die SED durch ihre jahrzehntelange Repression und Mißwirtschaft selbst ausgelöst hatte. Im übrigen muß sich sogar mancher westdeutsche Journalist vorhalten lassen, er habe die Lage in der DDR beschönigt.

Aus der Sicht der kirchlichen Friedensgruppen und der Bürgerrechtsinitiativen waren die Westmedien für die Opposition ein Schutzschild und zugleich ein unverzichtbares Kommunikationsinstrument. Pfarrer Rainer Eppelmann nutzte es häufig - ungeachtet vieler Bedenken seiner zur übertriebenen Rücksichtnahme auf den Staat geneigten Kirchenleitung. Rückblickend sieht er sich in seinem Verhalten bestätigt:

"Da die Medien in der DDR zensiert wurden und wir keine Chance hatten, über sie an die Öffentlichkeit zu treten, mußten wir zwangsläufig den Weg über den Westen wählen. Zwar wurden die Rundfunk- und Fernsehsendungen dort vor allem für Bundesdeutsche ausgestrahlt, aber da fast alle DDR-Bürger ARD und ZDF sahen und SFB oder RIAS hörten, ergaben sich für uns gute Möglichkeiten, unsere Meinungen bekanntzumachen. Außerdem hatte es der auf internationale Anerkennung erpichte Staat schwerer, uns zu verfol-

gen, wenn wir im In- und Ausland keine unbekanntenen Größen waren. Schließlich konnten wir dazu beitragen, daß die internationale Öffentlichkeit nicht nur durch die offiziellen DDR-Medien unterrichtet wurde, wenn wir Westjournalisten Informationen gaben. Es durfte doch nicht sein, daß das DDR-Bild der Menschen im Westen in erster Linie durch Erich Honecker und das 'Neue Deutschland' geprägt wurde."¹⁶

Insoweit haben die Westmedien tatsächlich das Meinungsmonopol der SED aufgeweicht und einen wesentlichen Anteil an der friedlichen Revolution in der DDR gehabt, ohne daß sie jedoch zum Sturz Honeckers aufgerufen hätten.

Da die SED von jeher in ihrer Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik die kritische Begleitung der westdeutschen elektronischen Medien ins Kalkül ziehen mußte, befand sich ihre Informationspolitik stets in der Defensive und damit in einem Zustand desolater Hilflosigkeit. Um daraus zu entkommen, suchte sie vergeblich nach Patentrezepten, weil es die ohne Gewährung der Meinungs- und Informationsfreiheit eben nicht gab. Andererseits war der Parteiführung immer bewußt: Durch eine größere Offenheit und mehr Transparenz hätte sie, wie es Gorbatschow schließlich widerfahren ist, ihre "führende Rolle" und damit die Alleinherrschaft im Staate aufs Spiel gesetzt.

¹⁶ Rainer Eppelmann (1993), S. 168f.

2. Kampf gegen Windmühlenflügel: Die SED in permanenter Defensive

Auf der "Donnerstags-Argu" am 21. September 1989 gab sich Heinz Geggel noch kämpferisch, wenn auch ein Anflug von Verzweiflung nicht zu verkennen war. In seinen letzten Tagen richtete das SED-Regime intensiver denn je zuvor den Blick, wie das Kaninchen auf die Schlange, gen Westen. Ulrich Bürger - ein unter Pseudonym schreibender, gelegentlicher Teilnehmer der Argus - stenographierte dazu die entlarvenden Wortfetzen Geggels mit:

"Nicht wild herumballern, nicht jedes Thema aufzwingen lassen; manchmal müssen wir natürlich reagieren. Wir nehmen die SPD hart, sind aber dialogbereit, geben doch unsere Friedens- und Koexistenzpolitik nicht auf! Auch nicht anlegen mit westl. Wirtschaftsmanagern - wir brauchen die. Unsere nachteilige Lage an der Trennlinie muß positiv genutzt werden: wenn die schon Transit wollen, dann sollen sie dafür blechen bis sie schwarz werden. Bestimmte Teile der BRD-Bourgeoisie - FDP - wollen die Lage nicht zuspitzen. Wir auch nicht. Drüben ist der Feind. ... Kampagne mit den Abgehauenen hat natürlich Wirkung. Das Leben geht weiter. ... Obhutspflicht/Verweigerung der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft: dranbleiben! Auch die SPD fischt im rechten Gewässer - Chauvinismus, auch wegen Wahlen. Wir bringen z. Z. nichts über Rückkehrer. Es kommen welche."¹⁷

Auf dem letzten Pädagogischen Kongreß im Juni 1989 forderte die Volksbildungsministerin Margot Honecker die Jugend auf, wenn nötig mit der Waffe in der Hand den Sozialismus gegen feindliche Kräfte zu verteidigen. Anschließend wunderte sich am 19. Juni der namenlos gebliebene Leitartikler von "Neues Deutschland" über die Reaktion der westlichen Medien: "Den politisch aufmerksamen, gut informierten und beispielhaft verantwortungsbewußten Pädagogen ist selbstverständlich nicht entgangen, mit welcher grenzübergreifenden ideologischen Aggressivität ZDF, ARD, RIAS TV und andere Sender ihr kommunistisches Feindbild nun verstärkt auf die DDR und die SED projizieren und konzentrieren." Da man sich aber auch "westlich unserer Staatsgrenze" für das DDR-Bildungswesen stark interessiere, gab sich das ND zuversicht-

lich, "daß vernünftige Leute in der BRD etwas tun, um das peinliche Informationsdefizit in den nächsten Tagen und Wochen wenigstens teilweise abzubauen."

Der mögliche Einwand, diese Momentaufnahmen vom Sommer 1989 seien wieder einmal der untaugliche Versuch, die Geschichte der DDR von ihrem Ende her aufzurollen, zielt ins Leere. Die SED-Medienpolitik - und nicht nur sie - befand sich seit ihren Anfängen auf der Verliererseite. Bereits im August 1946 beklagte sich Lex Ende als damaliger Chefredakteur von "Neues Deutschland", die Seitenabzüge würden spätabends stundenlang bei den sowjetischen Zensuroffizieren liegen. Dies hätte zur Folge, daß das ND erst in den Vormittagsstunden die Leser erreiche, während die "feindlichen Blätter" aus den Westsektoren Berlins, die damals noch im Sowjetsektor erhältlich waren, rechtzeitig vor Arbeitsbeginn erschienen und gekauft würden: "Dadurch überlassen wir dem Feind jeden Morgen das erste Wort. Viele Arbeiter kaufen den 'Telegraf', weil das 'ND' nicht erhältlich ist."¹⁸

Eine andere Zielgruppe wollte der ambitionierte Wolfgang Harich, seinerzeit Theaterkritiker bei dem Organ der sowjetischen Besatzungsmacht "Tägliche Rundschau", erreichen. Unter seiner damaligen Adresse im amerikanischen Sektor, in Berlin-Dahlem, verfaßte Harich im Juli 1947 eine Denkschrift an das SED-Zentralsekretariat - zur persönlichen Absicherung mit Durchschlägen an die Presseabteilung der Sowjetischen Militäradministration und an die Chefredaktion der "Täglichen Rundschau" -, in der er eine großangelegte Propagandaoffensive unter linksbürgerlichen Kreisen in den Westzonen anregte. Dazu gehörte auch die Neugründung einer von der SED zu kontrollierenden Tageszeitung, für die er seine Mitwirkung anbot.¹⁹ Außerdem sollten die besten SBZ-Journalisten, die vorsichtshalber unter Pseudonym schreiben mußten, aber auch der Theaterkritiker Friedrich Luft oder der Hamburger Publizist Axel Eggebrecht gewonnen werden. Im Impressum dieser Zeitung sollte kein Hinweis auf den sowjetischen Lizenzgeber erscheinen. Statt dessen schlug Harich vor: "'Unabhaengig und unzensuriert' würde nicht schaden." In den politischen Kommentaren mußte der marxistische Standpunkt in einer pointiert bürgerlichen Terminologie vorgetragen werden: "Aeusserste Vorsicht bei lobender Erwaechnung der Ostzone und der SED! Gelegen-

¹⁸ SAPMO-BArch, NY/ 70/5.

¹⁹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/902/64.

lich sogar Kritik an der Ostzone und der SED ueben. Wenn man die Ostzone lobt, dann etwa in dem Ton. 'Man muss es der SED schon lassen, dass sie das und das geschafft [hat].' Wenn auch das Projekt Harichs nicht realisiert wurde, so diente es doch später als Modell für westliche "fellow travellers" der SED oder die MfS-Informanten in den bundesdeutschen Medien und in den DDR-Forschungsinstituten.

In den 50er Jahren klammerte sich die SED noch an die Illusion Ulbrichts, die Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen erreichen zu können. Darauf konzentrierte sie sich in ihrer zwischen Liebeswerben, Haßpropaganda und konspirativer Westarbeit variierenden Deutschlandpolitik. In diesen Rahmen fügte sich auch der an Harichs Vorschlag erinnernde Plan Albert Nordens aus dem Jahre 1956, eine von der SED unabhängige Wochenzeitung "Die Republik" zu begründen, von der jedoch nur eine Probenummer produziert wurde. Als Vorbild diente offensichtlich die von Goebbels protegierte NS-Wochenzeitung "Das Reich", die im In- und Ausland auf gehobenem Niveau Sympathiewerbung für die nationalsozialistischen Kriegsziele zu betreiben hatte. Das Politbüro beauftragte den Westemigranten und damaligen Dekan der Fakultät für Journalistik der Leipziger Universität, Hermann Budzislawski, mit der Erarbeitung der Konzeption und der Redaktionsleitung des Blattes, von dem man sich erhoffte, es könne im Ausland zitierfähig werden und zugleich die reservierte DDR-Intelligenz ansprechen. Der für die Redaktion vorgesehene ehemalige Mitarbeiter der "Täglichen Rundschau", Rudolf Reinhardt, bis zu seiner Flucht in den Westen im Jahre 1958 Chefredakteur der "Neuen Berliner Illustrierten", beschrieb das schließlich von Ulbricht untersagte Experiment aus eigenem Erleben.²⁰

Etwa seit Anfang der 60er Jahre, keineswegs zufällig im Gefolge der Selbstisolierung und der Abschottung durch den Mauerbau - verlegte sich die SED im Umgang mit den Westmedien - abgesehen von nicht selten erfolgreichen "aktiven Maßnahmen" des MfS auf dem Felde der Desinformation - zunehmend auf die Defensive und ein hypertrophes Sicherheitsdenken. Für die Redaktionen hieß das, den "feindlichen" Medien unter keinen Umständen auch nur die geringsten Hinweise auf Schwachstellen im eigenen Lande zu geben. In der Praxis bedeutete dies, vor jeder Veröffentlichung bedurfte es einer akribischen Überprüfung, ob der "Gegner" unliebsame Rückschlüsse daraus ziehen konnte. Einen derartigen "politischen Fehler" zu begehen, wurde selbst bei parteiergebenen

²⁰ Rudolf Reinhardt (1988), S. 170ff.

Journalisten zum Alptraum. So mußte sich beispielsweise im März 1981 der stellvertretende Chefredakteur des Gewerkschaftsorgans "Tribüne", Arno Kossert, für die von ihm veranlaßte unkommentierte Wiedergabe von kritischen Breschnew-Zitaten aus dessen Rede vor dem XXVI. KPdSU-Parteitag an die Adresse sowjetischer Funktionäre in einem hochnotpeinlichen Parteiverfahren rechtfertigen. Kossert gestand reumütig:

"Die nach der Veröffentlichung mit mir geführten Gespräche haben mir die Augen dafür geöffnet, welchen politischen Schaden das von mir leichtfertig in Druck gegebene Material anrichten kann. Ich verstehe heute, daß es geeignet ist, eine einseitige Fehlerdiskussion anzuregen. Es könnte dem Klassegegner Ansatzpunkte schaffen, mit der Hetzarbeit seiner Massenmedien gegen die DDR da und dort zur Wirkung zu kommen. Darüber hinaus könnte das Material selbst von den Massenmedien des Klassegegners für ihre Arbeit gegen die DDR genutzt werden."²¹

Selbst eine nichtautorisierte, vorzeitige Meldung über den Beginn der Sommerzeit konnte fatale Folgen haben. Eine Anordnung über die Rechtsstellung der Karnevalsclubs, so befand 1986 der stellvertretende Leiter des Presseamts, Rudolf Müller, solle nicht in den Tageszeitungen erwähnt werden, denn es müsse "damit gerechnet werden, daß der Gegner einsteigt, wie schon beim Treffen der Karnevalspräsidenten (Staatliche Gängelei)."²²

Die Auseersetzung mit den westlichen Medien gestaltete sich in der Honecker-Ära immer schwieriger. Sie ähnelte dem Kampf des Ritters von der traurigen Gestalt gegen die übermächtigen Windmühlenflügel. Honecker buhlte im westlichen Ausland um seine Anerkennung als gleichberechtigter Staatsmann. Zugleich verstrickte er sich mit seiner ruinösen Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine nicht mehr auflösbare wirtschaftspolitische Abhängigkeit von der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten sowie von Japan und den USA. Das führte dazu, daß die Agitationsbürokratie insbesondere die Journalisten der Printmedien immer häufiger und eindringlicher anhielt, sich "klug" - eine oft dringend empfohlene, aber schwer kalkulierbare Verhaltensweise - und zurückhaltend gegenüber den Regierungen und Wirtschaftskreisen dieser Länder zu verhalten. Deshalb hatte aus kommunistisch orthodoxer Sicht die Schriftstellerin Ruth Werner, ehemalige sowjetische Spionin und die Schwester

²¹ SAPMO-BArch, DY 34/A 201, 12215.

²² Gunter Holzweißig (1991), S. 317.

des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, durchaus recht mit ihrem Vorwurf:

"Ich wünsche mir ebenfalls kräftige, konkrete Antworten auf das DDR-Zerrbild in westlichen Medien, das ja auch zum kalten Krieg gehört, statt unseres vornehmen Schweigens."²³

Geschwiegen wurde zwar keineswegs, doch die DDR bediente sich nach ihrer internationalen Anerkennungswelle aus den genannten Gründen einer differenzierteren und weniger grobschlächtigen Sprache. Von "Bonner Ultras" und "Kriegshetzern" war jedenfalls nach der Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen keine Rede mehr. Den Empfang westdeutscher Hörfunksender störte man nicht mehr. Und die Ausstrahlung der maßgeblich von der damals noch bestehenden MfS-Abteilung Agitation gestalteten Programme des "Freiheitsenders 904" und des für Bundeswehrangehörige bestimmten "Soldatensenders 935" verschwanden aus dem Äther. Wenn es nötig erschien, sich im In- und Ausland beispielsweise wegen der Ausweisung von Journalisten und tödlicher Zwischenfälle an der Demarkationslinie oder hinsichtlich anderer bekanntgewordener Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen, behalf man sich mit den über die Nachrichtenagentur ADN verbreiteten "Abwehr- und Ablenkungsmeldungen". Diese wurden während angespannter Konstellationen in den innerdeutschen Beziehungen bei Bedarf durch entsprechende, von der Parteispitze abgesegnete Kommentare ergänzt, in denen auch Signale für kundige Leser im Bundeskanzleramt versteckt sein konnten.

Die Überschriften der "Abwehr- und Ablenkungsmeldungen" waren so durchsichtig formuliert, daß die sich dahinter verbergenden Hinweise, auch der Westen sei nicht besser, auch für Begriffsstutzige unschwer zu erkennen waren. Beispiele aus dem März 1977: "Schauspielerin Sophia Loren vom Zoll nackt ausgezogen"; "Fernsehteam der BRD wurde aus Uganda ausgewiesen"; "Schweizer Sozialdemokraten beantragen Autobahngebühr". Seriencharakter hatten demgegenüber alljährliche Kurzmeldungen zu den Jahresberichten des Bundesgrenzschutzes. So meldete ADN am 14. Juni 1979: "Bundesgrenzschutz der BRD wies Hunderttausende zurück". Der BGS-Jahresbericht für 1978 bezifferte die Anzahl der zurückgewiesenen Personen auf 219.149, was, ohne Angabe der ebenfalls spezifiziert benannten Gründe, ADN natürlich hervorhob. Unerwähnt blieb dagegen die Gesamtzahl der Ein- und Ausreisen. Sie betrug rund 876 Millionen. Wäre sie von ADN erwähnt worden, wäre die Farce des

²³ Sonntag, Nr. 42/1979.

beabsichtigten, zugunsten der DDR ausfallenden "Reisefreiheit-Vergleichs", noch offensichtlicher gewesen. Andere der SED besonders unangenehme, aber jeweils politisch notwendig erscheinende "Abwehrmeldungen" waren allerdings nicht immer für den Hausgebrauch gedacht. Sie erschienen unter der stereotypen und wenig Phantasie verratenden Rubrik "Von A bis Z erlogen". Viele dieser über den ADN-Ticker laufenden Meldungen bezogen sich auf Tabu-Themen für DDR-Medien und waren deshalb nur für die Bundesrepublik und das Ausland bestimmt. Dazu ein typisches Beispiel vom 12. August 1988 in voller Länge:

"Berichte westlicher Medien über angeblich 1000 politische Häftlinge in der DDR sind von A bis Z erlogen."

Es gab aber auch subtilere Formen im innerdeutschen "Mediendialog". Eine Meldung der "Bild"-Zeitung vom 4. Oktober 1977, wonach der DDR-Landwirtschaftsminister, Heinz Kuhrig, vom Staatssicherheitsdienst verhaftet worden sei, dementierte "Neues Deutschland" in einem Exklusivbericht am folgenden Tage prompt - jedoch in indirekter Form. Kuhrig, der tatsächlich mehrere Wochen nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten war, habe sich am Vortage über den Verlauf der Zuckerrüben-ernte und "die Verarbeitung dieser wertvollen Frucht" im Kombinat Oderland in Seelow informiert. In kürzester Frist hatte man die "Bild"-Meldung offenbar in der ZK-Abteilung Agitation "verarbeiten" können.

Während die Zeitungen in der Dauerfehde mit den westlichen Medien eher Zurückhaltung üben mußten - die Argumente des Gegners hätten dann zumindest in Umrissen gedruckt werden müssen -, oblag es dem Hörfunk und Fernsehen der DDR zurückzuschlagen. Schnitzlers montägliche Haßtiraden und Halbwahrheiten im "Schwarzen Kanal" des ersten Fernsehprogramms nach den NS-Schnulzen aus der UFA-Film-Produktion lagen hier über dem Plansoll. Der Sektor Rundfunk/Fernsehen der ZK-Abteilung Agitation hatte stets alle Hände voll zu tun, neue Konzepte zur Bekämpfung "feindlicher" Medien, aber auch für die Anpassung an westliche Sendungen und Programmstrukturen zu entwickeln. Der "Polizeiruf 110" war die Antwort auf den auch in der DDR gern gesehenen "Tatort" der ARD. Die 1982 begonnene "Verwestlichung" des Fernsehens auf dem Unterhaltungssektor zählte ebenfalls zu den Bemühungen, die Zuschauer für die DDR-Kanäle zurückzugewinnen. Ende März 1966 präsentierte die Abteilung Agitation einen Maßnahmenkatalog des DDR-Hörfunks für die "Zurückdrängung des Einflusses von

Westfernsehen und Westrundfunk"²⁴, der auf erste Erfolge verwies:

"Eine neue Sendereihe 'Das mißbrauchte Wort' führte Radio DDR I in sein Frühprogramm ein. In ihr wird täglich nachgewiesen, mit welchen Methoden und Mitteln die westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsender versuchen, die Deutsche Demokratische Republik und ihre Politik zu verfälschen und zu verleumden. Mit der Reihe 'Denken ist erste Bürgerpflicht' und mit der geplanten Sendung 'Zur Kasse bitte' (die dümmste Lüge der Woche) schuf sich der Deutschlandsender die Möglichkeit, kontinuierlich die Auseinandersetzung mit Westrundfunk und -fernsehen zu führen."

Diese Aufgabenstellung des Hörfunks blieb bis zur Wende unverändert. Der Autor (G. H.), langjähriger freier Mitarbeiter des Kölner Deutschlandfunks, kritisierte am 8. Oktober 1988 in einem Kommentar die gegen den Viermächtestatus ganz Berlins verstoßende Präsenz militärischer Dienststellen in Ostberlin sowie die aus dem gleichen Grunde widerrechtlich zelebrierte NVA-Parade anlässlich des DDR-Nationalfeiertages. Heinz Britsche ereiferte sich daraufhin in "Wort auf der Waage" von "Studio 80 aktuell" in Radio DDR II am 13. Oktober, die NVA sei ein "besonderer Dorn im Auge gegenwärtiger Wiedervereinigungsapostel". Obwohl es zutrifft, daß ich an die Wiedervereinigung in einem überschaubaren Zeitrahmen geglaubt habe, hatte ich mich dazu in diesem Zusammenhang nicht geäußert. Nach der Wiedergabe einer längeren Passage aus dem Kommentar wandte sich Britsche erneut an meine Adresse: "Hat der immer noch nicht begriffen, daß Berlin die Hauptstadt der souveränen DDR ist? Wer das nicht begreifen will, der lebt wahrlich hinter dem Mond." Dieses Gefühl hatte ich allerdings nicht.

Mit der Grundlagenforschung über die "ideologische Diversion der imperialistischen Massenmedien" - so der durchgängige terminus technicus - waren die Sektion Journalistik der Leipziger Universität und das fachlich dem SED-Zentralkomitee unterstellte Institut für Politik und Wirtschaft beauftragt. In den Hauszeitschriften beider Institute erschienen dazu zahlreiche Aufsätze und Berichte über diesbezügliche wissenschaftliche Kolloquien. Thomas Falkner, im Herbst 1989 ein besonders beflissener "Wendejournalist", verteidigte in Leipzig noch im Oktober 1985 seine Promotion zum Thema: "Zur Rolle des bürgerlichen Journalismus in internationalen Kampagnen unter besonderer Berücksichtigung der grenz-

²⁴ SAPMO-BArch, DY 30/J IV A 2/902/66.

überschreitenden elektronischen Medien der BRD und Westberlins in konterrevolutionären Kampagnen des BRD-Imperialismus gegen die DDR." Falkner hatte sich bereits davor in offensichtlicher Unkenntnis der Gepflogenheiten in der bundesdeutschen Medienlandschaft darauf spezialisiert, unter anderem beim Deutschlandfunk "Kampagnestäbe" und "Anti-DDR-Leitjournalisten" ausfindig zu machen, die in Theorie und Praxis der DDR den Kampf angesagt hätten.²⁵ Klaus Preisigke, Leiter des Wissenschaftsbereichs Journalistische Methodik an der Sektion Journalistik, schlußfolgerte am 16. November 1983 auf einem wissenschaftlichen Symposium:

"Das Fernsehen der BRD und Westberlins hat seit seiner Gründung eine Doppelfunktion im ideologischen Klassenkampf. Es ist das wichtigste Instrument zur Manipulation der Massen im imperialistischen Herrschaftsbereich. Zugleich spielt das Fernsehen die zentrale Rolle im Konzept des deutschen Imperialismus zur ideologischen Diversion gegen den realen Sozialismus in der DDR."²⁶

Ob Preisigke tatsächlich hinter dieser Erkenntnis stand, bleibt offen. In ihren Veröffentlichungen durften die Leipziger Medienwissenschaftler jedenfalls kein Jota von den Vorgaben der ZK-Abteilung Agitation abweichen. Demgegenüber konnte es sich die MfS-Presseabteilung in einer allerdings nur "für berechnete Angehörige des MfS!" bestimmten Schrift leisten, die Professionalität der westdeutschen Fernsehanstalten zu loben und die Vertiefung der inzwischen schon vorsichtig praktizierten Zusammenarbeit beim Programmaustausch zu befürworten.²⁷ Solche Töne fanden sich jedoch nicht in der unter MfS-Einfluß stehenden außenpolitischen Monatszeitung "horizont", die gelegentlich bemerkenswert kenntnisreiche Artikel über westdeutsche Sendeanstalten veröffentlichte.

Heinz Geggel gebührt zur Illustration des zum Scheitern verurteilten Abwehrkampfes der SED gegen die Westmedien das letzte Wort. In den Unterlagen Günter Schabowskis aus seiner Zeit als Chefredakteur von

²⁵ Thomas Falkner: Bürgerlicher Journalismus in konterrevolutionären Kampagnen. In: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, Heft 4/1983, S. 208.

²⁶ Wissenschaftliches Kolloquium zu neuen Aspekten der ideologischen Diversion von BRD-Funkmedien gegen den realen Sozialismus. In: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, Heft 2/1984, S. 125.

²⁷ Ideologische Diversion gegen die DDR. Hrsg. von der Presseabteilung des MfS. Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit Nr. 4/1987, S. 40.

"Neues Deutschland" befinden sich einige Aufzeichnungen über die Donnerstags-Argus. Demnach forderte Geggel von den DDR-Journalisten, die über das Treffen Helmut Schmidts und Honeckers am 10. Dezember 1981 berichten sollten, unerschütterliche Tapferkeit vor dem Feinde:

"Beim Briefing sollen die eigenen Journalisten aktiv sein und keine Angst zeigen, ebenso bei den Pressekonferenzen. Aktiv fragen und auch die Fragen der Westjournalisten beantworten. Wer das nicht kann soll zu Hause bleiben."²⁸

Die Angst, eine politisch falsche Frage zu stellen, war übermächtig, weil man bei solchen Gelegenheiten normalerweise Absprachen zum Frage- und Antwortspiel zwischen DDR-Funktionären und einheimischen Journalisten traf.

²⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/8.

3. West-Korrespondenten unter Partei- und MfS-Aufsicht

Zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972 gehörte auch ein "Briefwechsel vom 8. November 1972 über Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten". Er bildete die Rechtsgrundlage für die gegenseitige Akkreditierung von ständigen Korrespondenten und Reisekorrespondenten. Während in der Bundesrepublik auch zuvor schon DDR-Journalisten unbehelligt arbeiten konnten, durften westdeutsche Journalisten nur auf gezielte Einladung oder gelegentlich auch als Touristen in die DDR einreisen. Bis zum Abschluß des Grundlagenvertrages oblag dem Presseamt beim Ministerrat in enger Zusammenarbeit mit dem MfS die Kontrolle der westdeutschen Journalisten. Anfang der 60er Jahre gründete man zu diesem Zweck ein "Informations- und Organisationsbüro" in der Ostberliner Charlottenstraße, später umgewandelt zur Abteilung Journalistenreisen des Reisebüros der DDR. In diese "Betreuung" bezog man die Informationsabteilung des Verbandes der Journalisten ein, die ebenso wie alle anderen Institutionen mit Westkontakten von Inoffiziellen Mitarbeitern und Offizieren im besonderen Einsatz des MfS durchsetzt war.²⁹

Besonders umworben waren vor 1973 solche Journalisten aus der Bundesrepublik, von denen man sich entweder eine wohlwollende Berichterstattung über die DDR oder, was häufiger der Fall war, Spitzelberichte über Redaktionsinterna erhoffte, wie sie der damalige "Spiegel"-Redakteur Dietrich Staritz, später ein einflußreicher westdeutscher DDR-Forscher, geliefert hatte.³⁰ Zu sogenannten "journalistischen Höhepunkten" - beispielsweise den Leipziger Messen - erweiterte man aus taktischen Gründen den Kreis der eingeladenen Journalisten.

Seit Abschluß des Grundlagenvertrages bis zum Herbst 1989 waren bis zu 20 ständig akkreditierte westdeutsche Hörfunk-, Fernseh- und Zeitungskorrespondenten in Ostberlin vertreten. Dazu kamen jährlich mehrere hundert Reisekorrespondenten, was DDR-Funktionäre bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit als Beweis ihrer "Weltoffenheit" anführten. Zuständiger Ansprechpartner für westdeutsche und ausländische Korrespondenten wurde jetzt die Abteilung Journalistische Beziehungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), die

²⁹ Günter Bohnsack/Herbert Brehmer (1992), S.192ff.

³⁰ Der Spiegel, Nr. 38 vom 19. September 1994.

nach der internationalen Anerkennungswelle der DDR in großer Eile aus einem Sektor der Hauptabteilung Presse und Information zu einer Abteilung mit drei Sektoren und einer Arbeitsgruppe ausgebaut werden mußte.

Die MfAA-Abteilung Journalistische Beziehungen, deren Sektor 2 für akkreditierte Gast- und Reisekorrespondenten aus der Bundesrepublik zuständig war, übte lediglich eine Briefkastenfunktion aus. Unter Ausschluß des üblichen ministeriellen Dienstweges unterstand sie unmittelbar dem Sektor "Arbeit mit den ausländischen Korrespondenten" der ZK-Abteilung Agitation. Dessen langjähriger Leiter, Hans-Joachim Kobert, leitete politisch brisante Vorgänge im Zusammenhang mit westdeutschen Korrespondenten - und das waren nahezu alle - an seinen Abteilungsleiter Geggel weiter, der sie entweder dem ZK-Sekretär Herrmann oder Honecker direkt zur Entscheidung vorlegte.

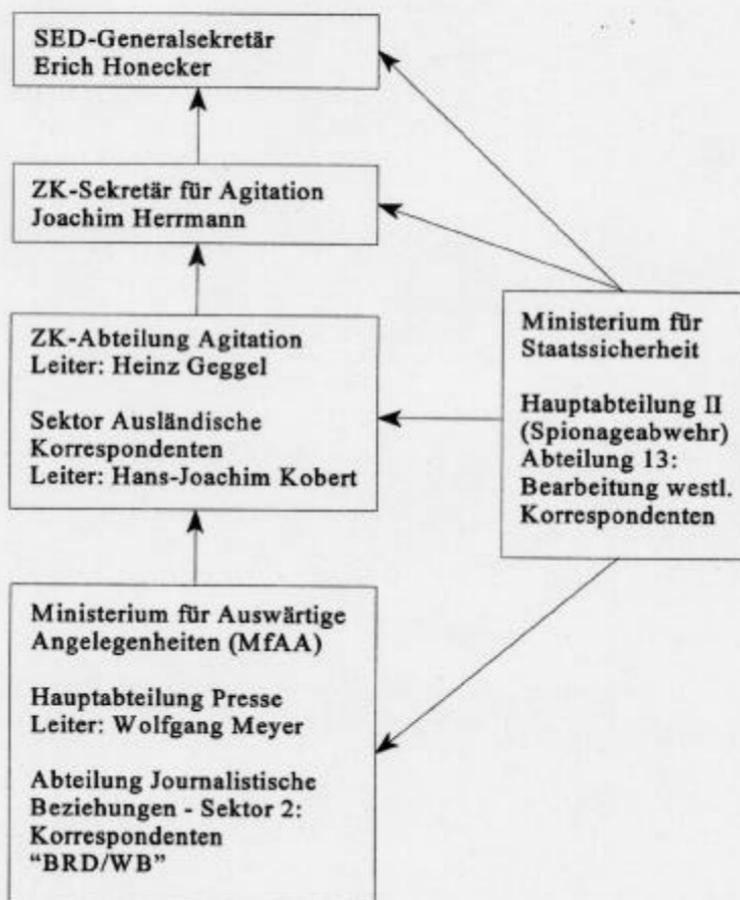
Den meisten Korrespondenten dürfte schon angesichts der langwierigen Bearbeitung ihrer Anliegen durch die Abteilung Journalistische Beziehungen nicht verborgen geblieben sein, daß stets die Entscheidungen des SED-Zentralkomitees abgewartet werden mußten. In welchem Ausmaße das MfS jedoch auf die Tätigkeit der Abteilung Einfluß genommen hat, konnten sie allenfalls erraten. Erst nach Akteneinsicht in der Gauck-Behörde vermochten sich die Korrespondenten über die ihre kühnsten Vorstellungen übertreffende Anzahl der auf sie angesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter und Desinformanten des MfS sowie der sie betreffenden Maßnahmepläne ein Bild zu machen. Einige von ihnen haben ausführlich über die Erkenntnisse ihres Aktenstudiums berichtet. Personendossiers lassen aber nur bedingt Rückschlüsse auf die enge Verzahnung zwischen verschiedenen MfS-Dienststeinheiten und der Abteilung Journalistische Beziehungen auf der Arbeitsebene zu. Hier vermittelt die 1983 im postgradualen Studium an der Hochschule des MfS vorgelegte Abschlußarbeit des Oberstleutnants Hans-Dieter Ternies aus der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) aufschlußreiche Einzelheiten. Sein Thema lautete:

"Zur Tätigkeit der Abteilung Journalistische Beziehungen des MfAA der DDR bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit durch Einhaltung und Durchsetzung gesetzlicher Regelungen und Schaffung von Beweisen für ungesetzliche Aktivitäten ausländischer Korrespondenten in der DDR."³¹

³¹ BStU, ZA, HA II/13 1249.

Westdeutsche Korrespondenten unter Partei- und MfS-Kontrolle in den 70er und 80er Jahren

Informationsstränge



Häufig besitzen die an der Hochschule des MfS entstandenen Arbeiten nur einen geringen Informationswert. Das ist bei Ternies nicht der Fall. Zum einen übt er massive, mit konkreten Beispielen belegte Kritik an der aus MfS-Sicht laxen Dienstauffassung in der Abteilung Journalistische Beziehungen und zum anderen finden sich im Anhang seiner Ausarbeitung einige in der Abteilung verfaßte Schlüsseldokumente, aus denen ihre Strukturen, Aufgabenbereiche und Arbeitskontakte ersichtlich werden. Diese Dokumente sind deshalb von großer Bedeutung für die Forschung, weil nach Aussage des Bonner Auswärtigen Amtes, in dessen Zuständigkeit die Archivbestände des MfAA fallen, die Akten der Abteilung Journalistische Beziehungen fehlen würden.³² Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand: Der Nachwelt sollte durch die vermutliche Vernichtung der Akten die lenkende Hand des MfS verborgen bleiben. Lediglich im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED befinden sich fragmentarische, aber dennoch aussagekräftige Überlieferungen aus der Abteilung Journalistische Beziehungen.

Der Hauptvorwurf von Ternies an die Adresse des MfAA bezieht sich auf die unzureichende Unterstützung des MfS bei der Verfolgung von Verstößen der Korrespondenten gegen die im DDR-Gesetzblatt veröffentlichte "Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 21. Februar 1973, deren erste Durchführungsbestimmung vom gleichen Tage und insbesondere gegen die zweite, verschärfte Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979. Sie untersagte beispielsweise Interviews und Straßenbefragungen ohne vorherige Genehmigung. Außerdem mußten jetzt nicht nur für "journalistische Vorhaben" in staatlichen, sondern auch in gesellschaftlichen Einrichtungen vorher Genehmigungen eingeholt werden. Dies richtete sich vor allem gegen die Berichterstattung über das kirchliche Leben, um die sich bis zum Herbst 1989 eine Dauerkontroverse zwischen den staatlichen Organen und den Korrespondenten entwickelte. Letztere vertraten die Auffassung, die Kirchen seien keine "gesellschaftlichen" Organisationen im Sinne der zweiten Verordnung von 1979. In diesem Punkt resignierte selbst Erich Miel-

³² Bericht der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820 vom 31. Mai 1994, S. 240.

ke schließlich. Ohne daß es publik werden durfte, unterrichtete er am 27. November 1987 die Leitung seines Ministeriums zunächst über die bekannten Rechtsgrundlagen für die Korrespondententätigkeit zur "Kenntnisnahme, jedoch nicht zur Veränderung der bisherigen Taktik des Vorgehens".³³ Abschließend verfügte Mielke jedoch überraschend die Duldung der "Durchführung journalistischer Vorhaben in Kirchen und kirchlichen Einrichtungen ohne Genehmigung" sowie weiterer nicht erlaubter, aber üblicher Praktiken, wie die Zweitnutzung genehmigter Vorhaben, die Aufnahme von Direktkontakten zu Interviewpartnern, die erst nach der Genehmigung des Interviews gestattet waren, oder die Nichteinhaltung der "Informationsfristen über Reisen außerhalb der Hauptstadt der DDR unter ungenauer Angabe des Reiseziels und des Reisegrunds". Mielkes Großzügigkeit beruhte sicherlich nicht auf einem plötzlichen Sinneswandel, sondern dürfte vielmehr eine Konzession der Parteiführung an die Bundesregierung gewesen sein, die Honecker kurz zuvor in Bonn empfangen hatte.

Bis zum MfAA und zur bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ostberlin war die von Mielke verfügte Tolerierung nichtgenehmigter "journalistischer Vorhaben" im kirchlichen Bereich nicht so schnell durchgedrungen. Darauf läßt jedenfalls ein Vermerk von Maritta Carl, Mitarbeiterin der Abteilung Journalistische Beziehungen, über ein Gespräch am 11. Januar 1988 mit Eberhard Grashoff, Pressereferent der Ständigen Vertretung, schließen.³⁴ Sie notierte darin: "Auf den [Maritta Carls] Einwand, daß die Antragspflicht für Vorhaben im Kirchenbereich eindeutig in der DB [Durchführungsbestimmung der Journalistenverordnung vom 11. April 1979] formuliert ist und dennoch vielfach von den Korrespondenten versucht werde, den kirchlichen Bereich als 'Grauzone' zu behandeln, erwiderte Grashoff, daß er diesbezüglich keine Erkenntnisprobleme habe und auch die Korrespondenten entsprechend berate."

Grashoff bestätigte mir die prinzipiell korrekte Darstellung des Vermerks über den Gesprächsverlauf, worauf ich später noch eingehen werde.

³³ BStU, ZA, SdM 2240.

³⁴ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/58. Joachim Herrmann verfügte auf dem Vermerk Rücksprache "bei nächster Gelegenheit" mit dem Leiter der Hauptabteilung Presse im MfAA, Wolfgang Meyer.

Zurück zu den "Forschungsergebnissen" des Oberstleutnants Ternies, die er aus "unmittelbarem eigenem operativem Erleben", das heißt vermutlich durch seinen verdeckten Einsatz in der Abteilung Journalistische Beziehungen, erzielt hat. Er beklagt sich unter anderem darüber, daß Verstöße gegen die Journalistenverordnung überwiegend nicht vom MfAA, sondern durch andere staatliche Organe aufgedeckt worden seien, wobei im Falle des MfS die "inoffiziellen Beweise" in den meisten Fällen nicht hätten verwertet werden können. Indirekt kritisiert Ternies in diesem Zusammenhang sogar die Parteiführung, wenn er feststellt, "wegen politischer Prioritäten" sei es zu keinen nennenswerten Sanktionen gekommen. Die gravierendsten wären nämlich nicht "aufgrund politisch-operativ festgestellter Rechtsverstöße" erfolgt. Damit meinte Ternies die Ausweisungen des "Spiegel"-Korrespondenten Jörg Mettke 1975 als Reaktion auf einen nicht von ihm verfaßten Bericht über Zwangsadoptionen in der DDR, des ARD-Fernsehkorrespondenten Lothar Loewe im Dezember 1976 aufgrund seines Vergleichs der Mauerschützen mit Hasenjägern, des ZDF-Korrespondenten Peter van Loyen 1979 wegen eines nicht genehmigten Interviews mit Stefan Heym und die des "Stern"-Korrespondenten Dieter Bub 1983 aufgrund seiner eigenmächtigen, aber zutreffenden Recherchen über ein vermeintlich vorbereitetes Attentat auf Honecker. Anfang 1978 mußte das "Spiegel"-Büro in Ostberlin bis 1985 geschlossen werden, was mit dem Ablauf der Akkreditierung des Korrespondenten Ulrich Schwarz zusammenfiel. Schwarz hatte sich von Hermann von Berg, einem früheren im Presseamt für die westdeutschen Journalisten zuständigen Abteilungsleiter und in den 70er Jahren Sonderbeauftragter der DDR-Führung für Westkontakte, ein sogenanntes Manifest eines oppositionellen "Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands" "in die Feder diktieren lassen"³⁵. Die Hintergründe und die Entstehungsgeschichte des in zwei Folgen veröffentlichten "Spiegel-Manifestes" sind bis jetzt noch nicht geklärt. Hocharangige MfS-Offiziere schließen nicht aus, "daß bestimmte Hardliner im MfS ein Interesse an einer solchen Veröffentlichung hatten".³⁶ Dem Versuch von Generalleutnant Bruno Beater, damals erster Stellvertreter Mielkes, in einem Schreiben an Honecker vom 19. August 1978³⁷ ein Strafverfahren gegen den ARD-

³⁵ So der am "Spiegel-Manifest" mitbeteiligte Heinz Niemann. In: Neues Deutschland vom 27. Juli 1994.

³⁶ Günter Bohnsack/Herbert Brehmer (1992), S. 183.

³⁷ BStU, ZA, Z 2853. Der Wortlaut von Beaters Schreiben ist im Dokumentenanhang wiedergegeben.

Fernsehkorrespondenten Lutz Lehmann anzuregen, weil er zusammen mit seinem Kollegen Fritz Pleitgen eine Sendung mit DDR-Schriftstellern vorbereitet hatte, war hingegen kein Erfolg beschieden.

Offenbar wirkte die Aussichtslosigkeit, bei der Parteiführung etwas ausrichten zu können, ebenfalls demotivierend bei den mit Routinevorgängen überlasteten Mitarbeitern des für "BRD/WB" zuständigen Sektors 2 der Abteilung Journalistische Beziehungen. Ihr zeitweiliger, vom MfS zugewiesener Kollege Ternies bekundete sein Mißfallen über den in der Abteilung allgemein bekannten MfS-Hintergrund des Sektors und bemängelte zugleich die Überbetonung des "diplomatischen Images". Es herrsche eine schlechte Arbeitsmoral, die Entscheidungsvorbereitungen für die ZK-Abteilung Agitation seien unzureichend, was er mehrfach als Zeuge diesbezüglicher kritischer Vorhaltungen von seiten der zuständigen ZK-Funktionäre gehört habe. Selbst Parteientscheidungen würden heimlich kritisiert und nur unvollständig durchgesetzt, um eigene Fehler, etwa das "großzügige Übersehen von unstatthaften Aktivitäten der Korrespondenten", zu kaschieren. Außerdem offenbare "sich ein zu enges politisch-diplomatisches Verständnis der Rolle der Abteilung JB als MfAA-Vertreter im Prozeß der Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit."

Die seinerzeit ins Außenministerium der DDR zur Abmahnung einbestellten Korrespondenten dürften sich im nachhinein angesichts der vom MfS monierten Großzügigkeit ihrer dort keineswegs diplomatisch agierenden Zensoren verwundert die Augen reiben, wenn sie sich an den harschen Ton erinnern, in dem sie gemäßregelt wurden. Grundsätzlich erhielten sie keine Erläuterungen zu den stereotyp erhobenen Vorwürfen, Falschmeldungen verbreitet oder sich in die inneren Angelegenheiten der DDR eingemischt zu haben. Daß das Nichteinmischungsgebot ein völkerrechtliches Prinzip ist, dem Journalisten allenfalls in Ausnahmefällen verpflichtet sein können, ignorierte man geflissentlich. Einige Beispiele für die kafkaesken Dialoge bei der Abmahnung von Westkorrespondenten finden sich in den Büroakten von Joachim Herrmann, der es nie versäumte, diesbezügliche MfAA-Geprächsvermerke dem Generalsekretär vorzulegen.

So verfuhr Herrmann auch mit dem vom 9. Mai 1978 datierten Bericht des amtierenden Leiters der Hauptabteilung Presse im MfAA, Siegfried Hoeldtke, der am gleichen Tage den ZDF-Korrespondenten Hans-Joachim Wiessner und den dpa-Korrespondenten Dieter Schulz wegen ihrer sich auf einen Augenzeugen stützenden Berichte über den Sturm auf ei-

nen Delikat-Laden am Maifeiertag in Wittenberge/Elbe verwarnte.³⁸ Wiessner bestand bis zum Abbruch des Gesprächs beharrlich, aber vergebens auf dem Nachweis, warum es sich bei seiner Darstellung der Vorfälle in Wittenberge um eine Falschmeldung gehandelt haben sollte. Bei der sich unmittelbar anschließenden Vorladung von Schulz entwickelte sich ein ähnliches Szenario, das Hoeldtke im unverfälschten Parteibürokratendeutsch wiedergab:

"Aus gleichem Anlaß wurde der DPA-Korrespondent, D. Schulz am 9. 5. 78, 14.00 Uhr, 'nachdrücklichst verwahrt', der eine Falschmeldung über Wittenberge verbreitet hatte. Schulz hatte beim MfAA angefragt, und keine Bestätigung erhalten. Unsere Darlegungen entsprachen denen wie bei Wiessner. Auf die Frage von Schulz, in welchen Punkten die Meldung falsch sei, wurde erwidert, der Feststellung ist nichts hinzuzufügen. Daraufhin sagte Schulz, diese globale Anschuldigung weise er zurück. Nach dem wiederholten Hinweis, daß er eine Falschmeldung verbreitet hat, und der Frage, ob er denn die deutsche Sprache nicht verstünde, ob er die Beziehungen stören wolle, meinte Schulz, er habe Beziehungen weder zu stören noch zu fördern, sondern nur seine Chronistenpflicht zu erfüllen. Nach dem nochmaligen Hinweis auf seinen Verstoß gegen die Verordnung und auf seine Verantwortung für die Einhaltung der Verordnung wurde das Gespräch abgebrochen."

Drei weitere westdeutsche Korrespondenten erhielten ebenfalls eine Verwarnung für ihre diesbezügliche Berichterstattung. Sie erfuhren zunächst nichts von der sofortigen Verhaftung des Informanten, der eine mehrjährige Freiheitsstrafe erhielt und später von der Bundesregierung freigekauft wurde.³⁹

Angesichts dieser Arbeitsbedingungen war es erstaunlich, daß die Mehrzahl der westdeutschen Korrespondenten dennoch ihre Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten erfüllen konnte. Sie waren gezwungen, sich ohne jegliche Unterstützung seitens staatlicher Stellen Hintergrundinformationen zu beschaffen, wobei sie - übrigens ebenso wie die Auslandskorrespondenten im Berlin des Dritten

³⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/2.

³⁹

Karl-Heinz Baum: Einmischung als Beruf. Arbeitsbedingungen und DDR-Bild der bundesdeutschen Korrespondenten. In: Unsere Medien - Unsere Republik 2, hrsg. vom Adolf-Grimme-Institut, Heft 5 (Mai 1993), S. 36.

Reiches - offizielle Verlautbarungen sorgfältig zwischen den Zeilen lesen mußten. Aber auch die intensive Auswertung der Bezirkszeitungen, der Kirchenpresse oder entlegener Fachzeitschriften erbrachte durchaus Aufschlüsse über die Versorgungslage oder Alltagsprobleme, was allerdings von den verantwortlichen Redakteuren der von den Westmedien zitierten Publikationen gefürchtet war, weil stehenden Fußes Sanktionen aus dem SED-Zentralkomitee drohten. Hinweise von Freunden und unbekanntem Bittstellern waren von den Korrespondenten mit Vorsicht zu behandeln. Entweder galt es, die Betroffenen zu schützen oder sich vor gezielten Desinformationen zu hüten. Auch vor Pastoren konnten sie nicht sicher sein, wie das Beispiel des vermeintlichen Friedenskreisaktivisten, des Pfarrers Gottfried Gartenschläger aus Berlin-Altglienicke, zeigte.⁴⁰ Hinzu kam das in der Endzeit der DDR ständig perfektionierte totalitäre Überwachungssystem, zu dem elektronische Lauschangriffe ebenso wie die Post- und Telefonüberwachung gehörten und das selbst die Kontrolle der Mülleimer der Korrespondenten nicht aussparte. Sogar vor handgreiflichen Attacken auf westdeutsche Fernsehteams schreckten MfS-Schlägertrupps nicht mehr zurück.

Klärungsbedarf besteht noch, inwieweit die MfS-Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung (Aktive Maßnahmen; Desinformation) sowie die für die Westarbeit in der Partei- und Staatsführung zuständigen Funktionäre die Berichterstattung der Korrespondenten inhaltlich beeinflussen konnten. Die organisatorischen Voraussetzungen waren dafür in der Abteilung Journalistische Beziehungen des MfAA jedenfalls geschaffen. In einer dort am 24. September 1982 erstellten "Konzeption zur langfristigen Erhöhung der Wirksamkeit der Arbeit mit ausländischen Korrespondenten"⁴¹ hieß es:

"Führende Journalisten bürgerlicher Organe aus Schwerpunktländern sind gezielter zu Informationsreisen in die DDR einzuladen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den in Bonn bzw. Westberlin akkreditierten Korrespondenten bürgerlicher Organe. Die Praxis der Lancierung von Informationen über ausgewählte Korrespondenten ist zu intensivieren."

Darüber hinaus sollten Vertragsbeziehungen zwischen den Journalistenverbänden beider deutscher Staaten aufgenommen werden. Den Vorrang bei der Kontaktaufnahme wollte man der Deutschen Journalisten-Union

⁴⁰ Christoph Dieckmann: Missionar der Stasi. In: DIE ZEIT, Nr. 44 vom 25. Oktober 1991.

⁴¹ Fundort siehe Anm. 29.

(dju) wegen einer "Reihe von Anknüpfungspunkten (z. B. antiimperialistische Einstellung)" einräumen, weil man offenbar Grund zu der Annahme zu haben glaubte, dju-Mitglieder leichter als die des Deutschen Journalistenverbandes für propagandistische Zwecke instrumentalisieren zu können. Schließlich war die SED-Führung ständig darum bemüht, Schwachstellen in der westdeutschen DDR-Berichterstattung aufzuspüren, um sie für ihre eigene Informations- beziehungsweise Desinformationspolitik im In- und Ausland ausschachten zu können.

4. Gratwanderung einiger West-Journalisten zwischen Objektivität, Anbiederung und Irrtum

Der in den 80er Jahren breiteren Kreisen in der Bundesrepublik durch seine Bismarck-Biographie bekannt gewordene DDR-Historiker Ernst Engelberg hatte ein distanzierendes Verhältnis zu Erich Honecker. Er war allerdings verwundert, welches Ansehen Honecker jenseits der Grenzen genoß:

"Es war in den achtziger Jahren mitunter schwer, westdeutschen Journalisten beizubringen, daß Honecker ein intellektueller Kümmerling ist. Da hielten manche auf ihn solche Lobreden, daß unsereiner nur sehr vorsichtig sein konnte."⁴²

Selbst Peter Jochen Winters, nicht zuletzt aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Berliner Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einer der wenigen anerkannten DDR-Experten im westdeutschen Journalismus, schien an die vermeintliche Flexibilität Honeckers geglaubt zu haben. Winters zog 1976 folgendes Resümee über die fünfjährige Amtszeit Honeckers, wobei auch er - allerdings noch kurz vor der Ausweisung Wolf Biermanns - der allgemein verbreiteten Legendenbildung erlag:

"Der gelernte Dachdecker aus dem Saarland - einst als Intellektuellen-Fresser verschrien - hat nicht nur die sogenannten Technokraten im Partei- und Staatsapparat für sich einnehmen können, sondern auch ein Verhältnis zu den Wissenschaftlern, ja selbst zu Künstlern und Schriftstellern gefunden, das als entkrampft und gelockert, wenn nicht gar als vertrauensvoll charakterisiert werden kann."⁴³

Margot Honecker erschien Winters damals noch als "eine eigenständige und kluge Politikerin", aus der dann in Winters Honecker-Nekrolog, in dem er ihm nunmehr eine "stalinistische Menschenverachtung" bescheinigt, eine "fanatische Ehefrau" wird.⁴⁴ Im nachhinein räumte Winters ein, daß er weder den ruinösen Zustand der DDR-Wirtschaft noch einen so schnellen Zusammenbruch des Systems sowie den bis zum Schluß vorhandenen, alles entscheidenden Einfluß der Sowjets für möglich gehalten

⁴² Thomas Grimm (1993), S. 40.

⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Mai 1976.

⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Mai 1994.

habe.⁴⁵ Zu solchen weitverbreiteten Fehleinschätzungen, die insbesondere das Honecker-Bild in Ost- und Westdeutschland verklärten, leistete die in dieser Beziehung erfolgreiche Desinformationspolitik der SED-Propagandisten einen überaus effizienten Beitrag.

Geradezu euphorisch erinnerte sich Fritz Pleitgen 1982 - unmittelbar nach Beendigung seiner Ostberliner Korrespondententätigkeit für das ARD-Fernsehen - an den Staatsratsvorsitzenden:

"Während Helmut Schmidt den DDR-Fernsehkorrespondenten in Bonn vermutlich überhaupt nicht kennt, interessierte sich Honecker für unsere Arbeit. Hin und wieder befand er persönlich, ob wir drehen durften oder nicht. So gab er sein Plazet zu Aufnahmen von der Staatsjagd, zu der selbst DDR-Medien nicht zugelassen werden."⁴⁶

Pleitgen zeigte in einem weiteren Zeitungsartikel sogar Verständnis für die Behinderung und Überwachung seiner journalistischen Arbeit.⁴⁷ Dabei wußte er allerdings damals sicherlich nicht, wieviel seiner Arbeitszeit der SED-Generalsekretär den West-Korrespondenten widmete. Da DDR-Journalisten normalerweise keine Kontakte zu ihren westlichen Kollegen pflegen durften, erfuhr er wohl auch nichts über deren Unmut angesichts der Großzügigkeit Honeckers im Umgang mit westlichen Medienvertretern, denn Interviewwünsche von DDR-Journalisten beschied er in der Regel abschlägig. So entstand beispielsweise sein im FDJ-Organ "Junge Welt" am 8. Februar 1989 veröffentlichtes Interview auf der Grundlage eines vom JW-Chefredakteur Hans-Dieter Schütt vorbereiteten Textes.⁴⁸ Der FDJ-Zentralratsvorsitzende, Eberhard Aurich, leitete ihn an Egon Krenz weiter und verband dies mit der Bitte:

"Es wäre natürlich schön, wenn Genosse Honecker für wenige Minu-

⁴⁵ A.a.O. Anm. 9, S. 161f.

⁴⁶ DIE ZEIT, Nr. 34 vom 20. August 1982.

⁴⁷ Süddeutsche Zeitung, 2. Juli 1982. Dort schrieb Pleitgen: "Held mußte man als Korrespondent in der DDR ganz gewiß nicht sein. Die DDR hat ihre Rechtsvorschriften eingebracht nicht Jux und Dollerei, auch nicht, um uns zu schikanieren. Es war aus meiner Sicht eine Abwehrmaßnahme, eine Notwehr, die ich nicht billigen kann, aber irgendwo verstehen kann. Man hat uns immer wieder dann Entgegenkommen gezeigt, wenn man derartige Dinge nicht aufs Spiel gesetzt sah." Wie diese "Konzessionsbereitschaft" praktiziert wurde, verdeutlicht die für Honecker bestimmte Hausmitteilung Joachim Herrmanns vom 21. April 1979, die sich im Dokumentenanhang befindet.

⁴⁸ Diese Auskunft erhielt ich von Hans-Dieter Schütt am 9. Dezember 1993.

ten Hans-Dieter Schütt und Peter Neumann [stellvertretender JW-Chefredakteur, G. H.] empfangen könnte. Dann könnte auch ein Foto gemacht werden, das dem Interview hinzugestellt wird. Wenn das nicht möglich sein sollte, dann wählen wir ein geeignetes Foto aus und geben es Dir zur Bestätigung.⁴⁹

Hans-Dieter Schütt galt zu DDR-Zeiten als eifriger Politruk. Nach der Wende bekannte er sich öffentlich zu seinen Irrtümern. Als Reporter für "Neues Deutschland" machte er nach der Wende inzwischen eine Reihe von beachtenswerten Interviews. Zu seinen Partnern gehört auch Fritz Pleitgen, den er vor seiner Wahl zum Intendanten des Westdeutschen Rundfunks auch nach seinen Erfahrungen als DDR-Fernsehkorrespondent befragte. Pleitgen verstand es, defensiv und offensiv zugleich zu antworten:

"Sendete man ein Kurz-Interview mit Honecker auf der Leipziger Messe, so machte das sofort dicke Schlagzeilen auch im Westen. Viele Kollegen stürzten sich auf unsere Schnipsel. Die sollten daher sehr vorsichtig sein mit ihrem verächtlichen Hinweis auf zu freundlichen Journalismus. Sicher, aus heutiger Sicht hätte man manchmal souveräner berichten müssen."⁵⁰

Auf die Nachfrage Schütts, ob souveräner auch kritischer heiße, antwortete Pleitgen vielsagend: "Vor allem tiefer, analytischer, komplexer." Eine an Schwammigkeit nicht zu überbietende Wortwahl, die Schütt, schon von der Diktion her, an seine zu DDR-Zeiten empfangenen Ermahnungen erinnern haben dürfte.

Am 2. November 1993 stand auf der Tagesordnung der 51. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" die Berichterstattung westdeutscher Korrespondenten aus der DDR. Der Vorsitzende des Ausschusses, Rainer Eppelmann, beschrieb in einem differenzierten, aber gleichwohl nichts an Deutlichkeit vermissen lassenden Diskussionsbeitrag persönliche Erfahrungen, die er als prominenter Bürgerrechtler im Umgang mit verschiedenen bundesdeutschen Journalisten gesammelt hatte. Ihre Unterstützung wußten er und seine Mitstreiter stets zu schätzen, verschafften sie ihnen doch die von der SED verwehrte öffentliche Resonanz innerhalb und außerhalb der DDR. Darüber hinaus leisteten ihnen einige Korrespondenten wichtige Kurierdienste von und nach Berlin (West) und

⁴⁹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/276.

⁵⁰ Neues Deutschland, 7. März 1995.

versorgten sie vereinzelt mit heiß begehrten westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften - ein Privileg weniger Oppositioneller, das ansonsten nur ein kleiner Kreis hoher Funktionäre genoß.

Eppelmann unterschied die ihm damals bekannten westdeutschen Journalisten in mehrere Kategorien: Reisekorrespondenten, die wie "die Blinden von der Farbe geredet" hätten; Korrespondenten, die von Berlin (West) aus und daher - von Eppelmann unausgesprochen - nur mit daraus resultierender Distanz über die DDR berichtet haben, sowie solche, die in Ostberlin gewohnt und von denen sich wiederum einige zusammen mit ihren Familien weitgehend in den DDR-Alltag integriert hätten.⁵¹ Diese unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch Konzessionen an den Zeitgeist wirkten sich naturgemäß auf die Qualität der westdeutschen DDR-Berichterstattung aus. Eppelmann verdeutlichte dies anschließend anhand seiner Wahrnehmungen im Sommer 1987, als der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik das beherrschende Medienthema war:

"Da habe ich gedacht, der Honecker, von dem die schreiben, das muß ein anderer sein, den du kennengelernt hast. Ich kann mir vorstellen, so mancher, wenn der sich heute anschaut, was er 1987 über Honecker geschrieben hat, kriegt eine rote Birne. Und ich meine jetzt nicht ein 'Neues Deutschland', sondern anerkannte offizielle und weitverbreitete Blätter der alten Bundesrepublik Deutschland. Ich habe aber auch verzweifelte Journalisten von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen erlebt, die gesagt haben: Ich habe hervorragende Sachen über das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik. Aber das ist im Vorfeld der Reisevorbereitungen für den größten lebenden Deutschen nicht abgenommen worden. Die Rundfunk- und Fernsehstationen und die Verleger haben kein Interesse daran gehabt. Das sei jetzt nicht opportun."

Tatsächlich verhinderte nicht nur die Selbstzensur der Korrespondenten - etwa um ihre Informanten nicht zu gefährden oder aufgrund von entspannungspolitischem Wunschdenken -, sondern auch - vor allem in den 80er Jahren bei den elektronischen Medien - die Ignoranz westdeutscher Chefredakteure eine offensivere DDR-Berichterstattung.

Der frühere Ostberliner ZDF-Korrespondent, Michael Schmitz, der sich selbst als "Linker" definiert, bedauerte selbstkritisch, sich an der Hof-

⁵¹ A.a.O. Anm. 9, S.119f.

und Protokollberichterstattung bei der Übermittlung von "Händelschüttel-Bildern" Honeckers mit westdeutschen Politikern im Übermaß beteiligt zu haben.⁵² Als aber beispielsweise der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel nach einer Begegnung mit Honecker auf einer Pressekonferenz gefragt worden sei, ob er mit dem Staatsratsvorsitzenden auch über Menschenrechtsverletzungen in der DDR gesprochen habe und warum die SPD mit der SED, aber nicht mit der Opposition, den Dialog pflege, habe Vogel seine Wut kaum bändigen können. "Wahrheitswidrig", so Schmitz, "stritt Vogel diesen Unterschied ab. Gesendet haben wir das nicht. Kein Interesse bei den Redaktionen." Rückblickend hält Schmitz es nach wie vor für richtig, die Entspannungspolitik gegen die Ost-West-Konfrontation durchgesetzt zu haben, doch er stellt zu Recht die Frage, "wann die praktizierte Variante der Entspannungspolitik kontraproduktiv, zu einem das siehe DDR-Regime stabilisierenden Faktor geworden ist."

Die Ulbricht-Biographin und Publizistin Carola Stern gehört wie Michael Schmitz zu den wenigen, die sich nach 1989 zu ihren Irrtümern schonungslos bekannt haben. Sie gestand freimütig ein - mißbilligt von ihren Freunden und kritisiert von ehemaligen Kollegen im Westdeutschen Hörfunk, bei dem sie zuletzt die Programmgruppe "Kommentare und Feature" leitete -, ein zu positives Bild von der DDR vermittelt zu haben.⁵³ Auf einer Podiumsdiskussion im Oktober 1992 schilderte sie dafür ein Beispiel aus ihrer redaktionellen Praxis:

"Wir waren nicht genügend unterrichtet über die ökologische Situation in Ostdeutschland. Einmal hat ein freier Autor für mich ein Feature geschrieben über Zwickau. Also, ich glaube, da hab' ich zu ihm gesagt, lieber Kollege, dies war das erste und letzte Mal, daß Sie bei mir über Zwickau oder eine andere Provinzstadt in der DDR berichtet haben. Solche Hetze, solche kalten Kriegsgeschichten. Ich glaub' heute, es war der wahrste Bericht über Zwickau, der je im WDR gesendet worden ist."⁵⁴

Carola Stern, die sich selbst nur im Hinblick auf die Ulbricht-Ära für eine DDR-Expertin hält, führt ihre Schönfärberei der DDR auf die vorbehaltlose Begeisterung für die Entspannungspolitik zurück. Sie habe es

⁵² DIE ZEIT, Nr. 8 vom 14. Februar 1992.

⁵³ journalist, Nr.8/1990.

⁵⁴ Mit uns zieht die neue Zeit ... 40 Jahre DDR-Medien. Eine Ausstellung des Deutschen Rundfunk-Museums 25. August 1993 bis 31. Januar 1994. Hrsg. von Heide Riedel, Berlin o. J., S. 183.

deshalb bewußt unterlassen, öffentlich die DDR eine Diktatur zu nennen, weil sie sich immer gefragt habe, ob man der DDR-Führung schaden oder nutzen solle. Man habe - und das galt in den 70er und 80er Jahren im Westen für viele vermeintliche DDR-Kenner - die Sorgen des Politbüros zu den eigenen gemacht. Veränderungen habe sie nur durch eine Revolution von oben, nicht aber von unten erwartet.

Das Recht auf politischen Irrtum kann jedermann für sich beanspruchen. Andere Maßstäbe sind allerdings bei Journalisten anzulegen, die sich aus persönlicher Eitelkeit, Geltungsbewußtsein und Opportunismus nicht mehr um Objektivität bemühen, sondern sich vorrangig an der - natürlich nicht unwichtigen - kommerziellen Komponente der Medienbranche orientieren. Es hat den Anschein, als ob sich der kurzfristig amtierende "Stern"-Chefredakteur, Peter Scholl-Latour, und der damalige Chefredakteur der "ZEIT", Theo Sommer, bei ihrem Umgang mit Honecker und anderen Mitgliedern der DDR-Führung von solchen Motiven leiten ließen. So bezeichnete die ehemalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, die aus der Aktenlage des Zentralen Parteiarchivs der SED ersichtlichen, später in diesem Kapitel geschilderten Begleitumstände der DDR-Reise Theo Sommers und anderer Redaktionsmitglieder im Jahre 1986 als das "bis heute beschämendste Beispiel" der Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Journalisten und SED-Funktionären.⁵⁵

Interviews gewährte Honecker westdeutschen Zeitungen äußerst selten. Wenn dies jedoch geschah, schlachtete er sie propagandistisch aus und ließ sie stets parallel im "Neuen Deutschland" veröffentlichen. Das Honecker-Interview vom 5. Juli 1978 mit dem stellvertretenden Chefredakteur der "Saarbrücker Zeitung", Erich Voltmer, verbreitete die Auslandsagentur "Panorama" sogar in mehreren Sprachen und es diente "Nur für den inneren Schulgebrauch" auch als Studienmaterial an der Parteihochschule beim ZK der SED. Bereits im Februar des Vorjahres hatte Honecker seinem persönlich geschätzten politischen Kontrahenten aus der Jugendzeit in Wiebelskirchen, Erich Voltmer, ein viel beachtetes, erstes Interview für eine westdeutsche Zeitung gegeben.

Peter Scholl-Latour, der 1983 nach dem Flop des "Stern" mit den gefälschten und von MfS-Desinformationsspezialisten legendierten Hitler-

⁵⁵ A.a.O. Anm. 9, S. 137.

Tagebüchern als neuer Chefredakteur die Illustrierte aus ihrer Krise herausführen sollte, bat am 2. September 1983 Honecker schriftlich um ein Interview,⁵⁶ das ihm am 28. Oktober auch gewährt wurde. Anknüpfend an gemeinsame saarländische Wurzeln warf Scholl-Latour dafür einen erfolgversprechenden Köder aus:

"Persönlich schwebt mir vor, daß dieses Gespräch in einer vergleichbaren Weise geführt würde wie mit meinem alten Freund Erich Voltmer, mit dem mich nicht nur die gemeinsame saarländische Abstammung, sondern lange gemeinsame Jahre bei der 'Saarbrücker Zeitung' verbanden."

Mögen diese landsmannschaftlichen Anspielungen und auch der von Honecker unterstrichene Schlußsatz Scholl-Latours "Bitte verstehen Sie meine Demarche als einen ehrlichen Versuch, dem guten Einvernehmen zwischen den beiden deutschen Staaten zu dienen." als taktische Anbiederungsmanöver vertretbar erscheinen, so zeugt der erste Teil des Schreibens, in dem der "Stern"-Chefredakteur um die Akkreditierung eines neuen Korrespondenten in Ostberlin ersuchte, von einzigartiger journalistischer Skrupellosigkeit. Sie gipfelt in der von Honecker gleichfalls dick markierten Selbstbezeichnung:

"Aufgrund einer bedauerlichen Fehlleistung unserer Redaktion ist der STERN seit einiger Zeit nicht mehr durch einen eigenen Korrespondenten in der DDR vertreten."

Die angebliche Fehlleistung bezog sich auf einen, von der Hamburger Redaktion zur Titelstory aufgebauchten gründlich recherchierten Bericht des "Stern"-Korrespondenten Dieter Bub über die Amokfahrt eines vermutlich alkoholisierten, selbständigen Ofensetzers am Silvestertag 1982 ("Stern" Nr. 3/1983). Bewaffnet mit einer alten, kaum funktionstüchtigen Pistole, lenkte er seinen Lada bei Klosterfelde in die aus Wandlitz kommende Wagenkolonne Honeckers. Er wurde von einem Begleitfahrzeug abgedrängt und gestellt. Bei einem sich anschließenden Schußwechsel kam er ums Leben. Die Darstellung Bubs, den man umgehend aus der DDR wegen seiner nicht genehmigten journalistischen Recherchen auswies, zweifelten auch westliche Beobachter an. Doch selbst eine verspätet erschienene und wenig informative ADN-Meldung, die ohne den "Stern"-Bericht wohl kaum über den Ticker gelaufen wäre, schien die Darstellung Bubs schon damals zu bestätigen. Gestützt auf MfS-Aktenfunde "rehabilitierte" der "Stern" (Nr. 49/1993) erst elf Jahre später seinen ehemaligen

⁵⁶ Das von Honecker am 5. September 1983 abgezeichnete Schreiben trägt die Signatur: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/56.

Korrespondenten und bestätigte den Wahrheitsgehalt seiner damaligen Reportage.

Dieter Bubs kritische DDR-Berichte und wohl auch seine engen Verbindungen zu den DDR-Bürgerrechtlern störten seinerzeit offenbar nicht nur seine Chefredaktion. Der Pressesprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin, Eberhard Grashoff, wird in einem Honecker vorgelegten Vermerk der Abteilung Journalistische Beziehungen des MfAA folgendermaßen zitiert:

"Zum Problem des 'Stern' meinte Grashoff, daß die in der neuesten Nummer der Zeitschrift fortgesetzte Berichterstattung über den Vorfall in Klosterfelde sowie die 'Selbstdarstellung des Reporters Bub' die Ständige Vertretung mit großer Sorge erfülle, weil sie der Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten schade. Wenn der 'Stern' - wie er selbst angekündigt hat - diese Linie der Berichterstattung in den nächsten Ausgaben weiter eskaliert und auf andere Bereiche der DDR ausdehnt, befürchte die Ständige Vertretung, daß die DDR dann weitere Maßnahmen gegen den 'Stern' veranlassen könne. G. ließ durchblicken, daß dies die Meinung der meisten in der DDR akkreditierten BRD-Korrespondenten und auch die Meinung von Herrn Bräutigam sei."⁵⁷

Von seiten der Korrespondenten wurde allerdings unter den gegebenen Umständen zu Recht mißbilligt, daß Bub einen Informanten, den Hausarzt des vermeintlichen Attentäters, in seinem Artikel namentlich benannt hatte.

Peter Scholl-Latour gelang es im Herbst 1983, den "Stern" in Ostberlin wieder hoffähig zu machen. Dies geschah mit tatkräftiger Unterstützung seines Ansprechpartners Wolfgang Meyer, dem Hauptabteilungsleiter Presse im DDR-Außenministerium, von dem er zugleich auch schriftlich und mündlich - im vertrauten Stil der SED-Medienbürokraten - redaktionelle "Empfehlungen" erhielt. Laut Meyer war Scholl-Latour übrigens von Honecker im höchsten Maße begeistert, weil er ihn genauso kennengelernt habe, wie ihn sein Freund Voltmer beschrieben hätte: "sympathisch, menschlich, unkonventionell, aufgeschlossen".⁵⁸ Der frühere DDR-Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung", Peter Pragal, erhielt

⁵⁷ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/56, Blatt 6.

⁵⁸

bemerkenswert kurzfristig seine Akkreditierung als Nachfolger Dieter Bubs, dessen inzwischen in der Hamburger Redaktion verfaßte DDR-Beiträge allerdings weiterhin für Unmut bei der SED-Führung sorgten. Deshalb empfahl Meyer dem Chefredakteur des "Stern" in einem von Honecker gebilligten Briefentwurf vom 8. September 1983 unverhohlen: "Es würde der Sache dienlich sein, wenn die Beiträge des früheren 'Stern'-Korrespondenten Bub über die DDR, die zum großen Teil auf Spekulationen beruhen, in Zukunft unterbleiben."⁵⁹

Außerdem verlangte Meyer, der Kollege Bubs, der "Stern"-Fotograf Harald Schmitt, solle aus Ostberlin abgezogen werden. Dazu erstattete Scholl-Latour am 27. September 1983 Meyer brieflich eine Vollzugsmeldung.⁶⁰ Ein Indiz dafür, daß die Medienlenkung der SED auch im Westen funktionieren konnte.

Über Wolfgang Meyer liefen auch seit 1983 die aus den SED-Akten ersichtlichen Bemühungen des "ZEIT"-Chefredakteurs Theo Sommer, ein Interview von Honecker zu bekommen, das er schließlich am 30. Januar 1986 in seinem Blatt veröffentlichen konnte. Am folgenden Tage bedankte sich Sommer schriftlich bei Meyer für dessen Hilfe beim Zustandekommen des Interviews und zog - offenkundig fasziniert von seinem Gesprächspartner - einen nicht nur in der Rückschau grotesk anmutenden Vergleich:

"Wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf: Ihr Staatsratsvorsitzender braucht, was die gekonnte Verhandlung mit westdeutschen Journalisten angeht, nicht hinter Herrn Gorbatschow zurückzustehen."⁶¹

"Besonders glücklich" zeigte sich Sommer über die Erlaubnis Honeckers, die - so der Titel der seinerzeitigen Buchveröffentlichung - "Reise in ein fernes Land" der "ZEIT"-Redaktion aus dem Jahr 1964 wiederholen zu dürfen. Meyer leitete Sommers Brief, versehen mit einem kurzen Anschreiben, zur Rückversicherung an Joachim Herrmann, der darauf vermerkte: "Weisung E. H., Reise gut zu organisieren und unsere Hilfe!"⁶²

Die zweite "ZEIT"-Reise in die DDR fand schließlich vom 24. Mai bis zum 3. Juni 1986 statt. Teilnehmer waren: Theo Sommer, Marion Gräfin

⁵⁹ Ebenda, Blatt 89.

⁶⁰ Ebenda, Blatt 107.

⁶¹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/58, Blatt 7.

⁶² Ebenda, Blatt 6.

Dönhoff (nur zeitweilig zu Gesprächen mit Politbüromitgliedern), Rudolf Walter Leonhardt, Nina Grunenberg, Peter Christ, Gerhard Spörl sowie die DDR-Korrespondentin Marlies Menge. Sie lieferten anschließend im Sommer 1986 Beiträge zu einer Artikelserie, die auch in eine neuerliche Buchveröffentlichung einfließen. Wolfgang Meyers Berichterstattung für die Parteiführung über den Verlauf und die Ergebnisse der von den Journalisten unprofessionell vorbereiteten "ZEIT"-Expedition in ein "fernes Land" vermittelt - insbesondere bei der Charakterisierung der Autoren - durchaus nachvollziehbare Einblicke in die Gedankengänge seiner Hamburger Gäste.

Das Begrüßungssessen am 24. Mai habe Meyer genutzt, um Sommer unter vier Augen "bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen" deutlich zu machen, daß eine andere Tendenz bei den vorab eingereichten Interviewfragen an Verteidigungsminister Keßler erwartet worden wäre. Sommer habe daraufhin erklärt, er möchte auf keinen Fall provozieren, "aber er wolle sich auch nicht von bestimmten Leuten in der Bundesrepublik vorwerfen lassen, er sei ein 'Schlappschwanz', weil er so zahnlose Fragen gestellt habe." Dies sei Sommer nach seinem Interview mit Honecker gesagt worden, aber trotzdem sei er bereit, noch einmal über die Fragen und über eventuelle Vorschläge Meyers nachzudenken.⁶³

Beim Abschlußgespräch hätten die Journalisten laut Meyer untereinander lebhaft und teilweise auch kontrovers über den Systemvergleich diskutiert.⁶⁴ So über die Frage: "möchtest Du, könntest Du in dieser DDR leben?" Vor 22 Jahren sei nach eigenem Bekunden keiner auf den Gedanken gekommen, diese Frage zu stellen, da die Antwort von vornherein "Nein" gelautet hätte. Jetzt aber sei die DDR anders geworden, als sie es sich vorgestellt hätten, nämlich "souveräner, gelassener, die Partner würden nicht durch Agitation, sondern durch Leistung und Engagement überzeugen." Sommer, Grunenberg und mit Einschränkungen auch Menge hätten, "gemessen an der sozialen Geborgenheit, der Sicherheit des Arbeitsplatzes, am Behütetsein, in dem die Jugend heranwächst, den niedrigen Mieten und dem gesellschaftlichen Miteinander", zum "Ja" tendiert. Leonhardt habe diese Fragestellung für sich abgelehnt, denn

"Sicherheit des Arbeitsplatzes durch Berufslenkung, das Auswahlprinzip bei der Zulassung zum Studium entsprechend gesellschaftli-

⁶³ Ebenda, Blatt 37.

⁶⁴ Ebenda, Blatt 55-59.

cher Erfordernisse bedeute für ihn Unfreiheit und Reglementierung, er wolle die Freiheit des Individuums, wenn sie auch mitunter in der Freiheit bestehe, in der Gosse zu landen."

Spörl und Christ hätten sich zwar von der Leistungsfähigkeit der DDR-Industrie und den sozialen Errungenschaften beeindruckt gezeigt, doch diesen Sozialismus abgelehnt, weil er nicht den Vorstellungen linker Demokraten entspräche. Grunenberg habe betont, daß sie sich vorher kaum mit der DDR befaßt habe. Jedoch nach allem, was sie kennengelernt habe, "sei ihr völlig unverständlich, weshalb bestimmte Leute die DDR verlassen wollten". Christ habe dagegen versucht, "das offiziell Erlebte" mit Argumenten seiner Bekannten, die offenbar die Ausreise beantragt hätten, in Zweifel zu ziehen. Dem sei Sommer mit dem Beispiel seiner Verwandten - "(Cousin, Leiter einer HO-Verkaufsstelle, zufrieden in der DDR, SED-Mitglied)" - entgegengetreten. Grunenberg und Menge hätten Christ eindringlich geraten, die Aussage seiner Bekannten nicht zu verallgemeinern, denn "Unzufriedene und notorische Meckerer gäbe es überall, man müsse das große Ganze sehen."

Selbst wenn in Rechnung gestellt werden muß, daß Meyer ein Interesse daran gehabt haben dürfte, die "ZEIT"-Reise als einen Erfolg seiner organisatorischen und propagandistischen Aktivitäten gegenüber dem Politbüro zu deklarieren, so lassen doch Sommers allgemein zugängliche Veröffentlichungen den Schluß zu, daß er im persönlichen Gespräch durchaus in die Rolle eines SED-Agitators geschlüpft sein könnte. So soll nach Meyer der "ZEIT"-Chefredakteur die von ihm in der DDR ausgemachte Entwicklung zum Positiven folgendermaßen ausgesprochen "systemnah" begründet haben:

"Die Ursache dafür sähe er im neuen Kurs der Partei seit dem VIII. Parteitag, der, verbunden mit dem Wechsel in der Person des Generalsekretärs und veränderten außenpolitischen Bedingungen, deutliche innenpolitische Veränderungen bewirkt habe. Die Reise habe ihm klargemacht, daß sich nicht nur im Wohnungsbau, sondern praktisch auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine Wende vollzogen hat. Darauf führte er auch die gewachsene Souveränität der DDR-Bürger zurück."

Abschließend habe sich Sommer beim Cocktailempfang zur Vertiefung seiner Erkenntnis bekannt - zu der er auch nach 1989 in dürftig begründeten öffentlichen Rechtfertigungsversuchen unbeirrt steht -, "daß nicht Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Ziel sein könne, sondern Einigung mit dem Ziel der Friedenssicherung." Ein Credo, das von dem

Mitherausgeber der "ZEIT", Helmut Schmidt, keineswegs geteilt wurde. Vielleicht enthielt die von Meyer protokollierte Danksagung Sommers an seine Gesprächspartner aus dem Politbüro ja auch eine Spitze gegenüber seinem einstigen politischen Ziehvater, wenn er den SED-Gerontokraten bescheinigte, sie würden, im Gegensatz zu bundesdeutschen Politikern, auch sagen, was sie meinten.

Am 19. August 1986 fertigte Meyer für das Politbüromitglied Joachim Herrmann eine detaillierte Textanalyse der inzwischen erschienenen "ZEIT"-Serie. Unter dem Strich wertete er sie als einen gelungenen Beitrag zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik im Sinne der SED. Eine Passage dieser Analyse verrät erstaunliche Kenntnisse über Redaktionsinterna. Dort heißt es:

"Das vorliegende journalistische Ergebnis der Reise entstand im Verlaufe heftiger Auseinandersetzungen unter den beteiligten Redakteuren sowie innerhalb der Redaktion. Konservative Kräfte in der Redaktion drängten darauf, die Serie kürzer zu fassen und von der Aussage her der Diktion des Buches des ehemaligen DDR-Korrespondenten des ARD-Hörfunks, E. Bethke, 'Jubeln nach Dienstschluß' anzupassen. Sie nahmen Einfluß auf die vorgelegte Konzeption der Serie. Gleichfalls gab es Bestrebungen, der Serie ein anderes Umfeld (Negativbeiträge zum 13. August) zu geben. Chefredakteur Sommer setzte jedoch durch, daß am Umfang und an wesentlichen Aussagen keine Abstriche gemacht wurden, nahm Einfluß auf den Inhalt anderer DDR-bezüglicher Beiträge (statt eines Negativbeitrages zum 25. Jahrestag der Grenzsicherung ein Artikel von Peter Bender, Zurückhaltung gegenüber der DDR bei der Behandlung der Asylantenfrage)."⁶⁵

Die Diktion dieser Passage und die Formulierungen "konservative Kräfte" oder "Negativbeitrag" deuten auf zusätzliche Informationen Meyers aus der MfS-Zentrale. Nicht auszuschließen ist deshalb, daß auch Inoffizielle Mitarbeiter Mielkes vom Hamburger Redaktionstisch berichtet haben könnten.

Andererseits machte Meyer damit auch deutlich, daß die "ZEIT" ein weitgehend pluralistisch verfaßtes Presseorgan war - und auch noch ist -, in dem allerdings zumindest in den 80er Jahren Sommers Appeasement-Journalismus gegenüber der DDR-Führung dominant war. Hinzu kam,

⁶⁵ Ebenda, Blatt 65.

daß die "ZEIT" ohnehin in ihrer Redaktion mit Joachim Nawrocki nur über einen einzigen ausgewiesenen DDR-Fachmann verfügte, der allerdings unter Sommers Ägide verhältnismäßig selten zu Wort kam. Nawrocki nahm in seiner DDR-Berichterstattung aus Berlin (West) kein Blatt vor den Mund und scheute sich auch nicht, einen Kollegen, den DDR-Korrespondenten des SPD-Organs "Vorwärts", Walter Leo, einen "professionellen Schönfärber" zu nennen.⁶⁶

Es war sicherlich nicht nur das schillernde Honecker-Bild, das viele westdeutsche Journalisten - auch im Schlepptau prominenter bundesdeutscher Politiker - verinnerlichten und im Zeichen der fraglos im Grundsatz richtigen und auf breiter Front akzeptierten Entspannungspolitik zur Schönfärberei verführte. Auch die "system-immanent" forschenden westdeutschen DDR-Spezialisten, denen das heute wieder gängige Adjektiv "totalitär" in Verbindung mit dem SED-Regime als ein Sakrileg und ein Rückfall in die Sprache des Kalten Krieges vorkam, hatten keinen geringen Anteil an den beschwichtigenden Facetten der westdeutschen DDR-Berichterstattung. So sieht es zumindest der ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser, der sich im Gegensatz zu Theo Sommer der selbstkritischen Rückschau nicht verschloß, als er 1990 auf den "Mainzer Tagen der Fernsehkritik" erklärte:

"So vernünftig eine pragmatische Anerkennung des Staates DDR war: Hätten wir Journalisten nicht deutlicher sehen und vermitteln müssen, wie die Menschen in der DDR dachten und empfanden? Meine Antwort darauf: Wir waren zu stark ausgerichtet auf die Sichtweisen der Politik und die Lehrmeinungen der Wissenschaft. Wir trauten den Autoritäten, aber unseren eigenen Augen nicht. Was sich seit September 1989 eruptiv auf den Straßen der DDR entlud, das hatte sich ja unter der Oberfläche jahrelang angestaut."⁶⁷

Eine plausible Deutung der Befindlichkeit vieler in Ostberlin akkreditierter westdeutscher Journalisten. Den meisten Reisekorrespondenten - betreut von prinzipienfesten kommunistischen Bärenführern - blieb die DDR dagegen eine terra incognita.

⁶⁶ DIE ZEIT, Nr. 5 vom 6. Februar 1976.

⁶⁷ Frankfurter Rundschau, 31. Mai 1990.

5. "Entspannungsbeseelte" Pressearbeit in der bundesdeutschen Ständigen Vertretung in Ostberlin

Karl Eduard von Schnitzler zeigte sich von seinem Besucher beeindruckt. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche empfing er am 26. November 1978 Günter Gaus, den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Regierung der DDR. Das Gespräch, so Schnitzler in einem knappen Vermerk für die Parteiführung, "verlief in einer aufgeschlossenen, freundlichen bis heiteren, normalen Atmosphäre."⁶⁸ Erörtert wurden unter anderem Fragen des Kulturaustausches zwischen beiden deutschen Staaten, Dichterlesungen oder ein geplanter Filmcocktail in der Ständigen Vertretung. Ein Höflichkeitsbesuch mit Routinecharakter, wenn Schnitzler nicht ein vielsagendes Postskriptum hinzugefügt hätte. Darin notierte er über Gaus:

"Im Laufe des Gesprächs erwähnte er beiläufig und ohne ein Lächeln zu verbergen, daß er 'eigentlich gegen das Zeigen der Westberliner Fahne protestieren' müsse."

Vermutlich wird es in dem Bericht von Gaus an das Kanzleramt anders stehen. Sollte er sich tatsächlich so verhalten haben, hätte er den Anschein erweckt, die Drei-Staaten-Theorie der SED zu billigen und die vertraglich festgelegten Bindungen von Berlin (West) an die Bundesrepublik gering zu schätzen. Der Moderator des "Schwarzen Kanals" dürfte sich jedenfalls in seiner montäglichen Falschmünzerei bestärkt gefühlt haben.

Der bereits erwähnte ehemalige ZDF-Korrespondent in Ostberlin, Michael Schmitz, liefert in seinem Buch "Wendestress" eine zutreffende, wenn auch in ihrer verallgemeinernden Form zugespitzte Beschreibung des Verständnisses breiter Kreise der westdeutschen Politik und Publizistik von der Entspannungspolitik gegenüber der DDR:

"Westpolitiker und Journalisten definierten Entspannungspolitik so, daß sie die Art und Weise, wie die SED die Macht verwaltete, hinnahmen. Die Bürgerrechtler suchten vergeblich nach Unterstützung. Ignorante Zurückweisung entmutigte die Opposition in der DDR. Im Westen nahmen sie die Kirche ernst, die sich als Kirche im Sozialismus [von Schmitz hervorgehoben] der SED unterstellte. Das Bemühen, menschliche Erleichterungen zu erreichen und sich mit der

⁶⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/51.

Macht zu arrangieren, bedachten Liberale, CDUler und SPDler mit wohlwollender Anerkennung. Durch ihr Verständnis von Entspannung bestimmten sie mit, wie politische Diskussion in der DDR stattfinden sollte. Keine westliche Regierung (außer Österreich) paßte sich so pflegeleicht den Bedürfnissen der östlichen Machthaber an wie das sozial-liberale und das liberal-konservative Bonn."⁶⁹

Wenn auch das harsche Urteil von Schmitz der Differenzierung bedarf, für die Motive einiger leitender Mitarbeiter der Ständigen Vertretung in Ostberlin war es fraglos die Handlungsmaxime ihres persönlichen Umgangs mit Funktionären des SED-Staates. Diesen Eindruck entnahm ich zumindest aus meinen Gesprächen mit dem von 1982 bis Anfang 1989 amtierenden Leiter der Ständigen Vertretung, Hans-Otto Bräutigam, und dessen damaligem Pressereferenten Eberhard Grashoff.⁷⁰ Beiden habe ich die sie betreffenden Akten aus dem ehemaligen Zentralen SED-Parteiarchiv zur Stellungnahme vorgelegt und ihre diesbezüglichen Interpretationen und Ergänzungen im folgenden berücksichtigt.

Ein besonderes Vertrauensverhältnis verband den gelernten Diplomaten Bräutigam mit dem Chefredakteur der außenpolitischen Monatszeitung "horizont", Ernst-Otto Schwabe. Nach Auskunft Bräutigams habe er zahlreiche Gespräche mit Schwabe geführt, weil er in ihm nicht den Journalisten, sondern den Funktionär mit unmittelbaren Verbindungen zur Parteispitze sah, zu der Bräutigam selbst keine Kontakte unterhalten habe. Dabei sei er immer davon ausgegangen, und er habe dies auch beabsichtigt, daß Schwabe dort über die Gespräche berichte. Schwabe habe sich in seiner Gegenwart keine Notizen gemacht. Bräutigam habe keinerlei Aufzeichnungen angefertigt, so daß er sich auch nicht mehr an jede Einzelheit erinnern und deshalb auch nicht nachprüfen kann. Generell beurteilt Bräutigam die beiden vorhandenen Gesprächsvermerke Schwabes über gemeinsame Kamingespräche als eine Mischung aus Wahrheit und Halbwahrheit. Bemerkungen Bräutigams, die Schwabe besonders interessiert hätten - beispielsweise eine lobende Erwähnung Honeckers -, habe jener über Gebühr herausgestellt. Insgesamt seien Schwabes Gesprächsnotizen verzerrt und nicht authentisch, zumal er nicht in jedem

⁶⁹ Michael Schmitz (1995), S. 109.

⁷⁰ Mit Hans-Otto Bräutigam habe ich am 28. März 1995 darüber ein ausführliches Telefonat geführt, während ich Eberhard Grashoff am folgenden Tage zu einem persönlichen Gespräch aufgesucht habe.

Fälle die eigentlichen Motive Bräutigams bei bestimmten Äußerungen habe erkennen können.

Schwabe erhielt am 11. September 1968 vom Sekretariat des SED-Zentralkomitees den Auftrag zur Gründung und Leitung von "horizont". Das Blatt erschien zunächst als Wochenzeitung im SED-eigenen Berliner Verlag. Bis 1989 hielt sich Schwabe strikt an die ihm seinerzeit erteilte Vorgabe, "die Triebkräfte, Ursachen und Zusammenhänge des internationalen Klassenkampfes" zu analysieren.⁷¹ Schwabe war zuvor Sektorenleiter in der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen und von 1965 bis 1968 Leiter der Presseabteilung im Außenministerium. Seine enge Anbindung an die Hauptabteilung Aufklärung des MfS war nicht erst seit Mai 1979 ein offenes Geheimnis, als er zu "einem exklusiven Pressegespräch" ins Ostberliner Internationale Pressezentrum einlud.⁷² Dort präsentierte er Inge Goliath, die Sekretärin des CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx, die sich, angestiftet von ihrem Ehemann, als MfS-Agentin verdingt hatte. Auch ohne Insiderwissen hätte die aufmerksame, im Vergleich zu anderen DDR-Zeitungen durchaus aufschlußreiche Lektüre von "horizont" zu außen- und deutschlandpolitischen Themen bei den Mitarbeitern der Ständigen Vertretung zu der Erkenntnis führen müssen, daß Mielkes Presseoffiziere und Desinformationsspezialisten hier wie bei keiner anderen DDR-Publikation die Feder führten und sie auch als "wissenschaftliches Dach"⁷³ nutzten.

In seiner Aufzeichnung des Hintergrundgesprächs mit Bräutigam vom 1. Februar 1985⁷⁴ notierte Schwabe, der Ständige Vertreter habe ihn in seiner Redaktion aufgesucht, weil er sich "mal wieder inoffiziell mit jemandem über einige Fragen austauschen" wolle, "die ihn gegenwärtig sehr bedrückten". So würden die jüngsten politischen Äußerungen von Bonner Politikern zu Schlesien seine Aufgabe in der DDR sehr erschweren. Er müsse sagen, die DDR-Medien und auch offizielle Persönlichkeiten hätten "recht maßvoll" darauf reagiert. In diesem Sinne berichte er auch nach Bonn, aber er sei sich nicht sicher, "ob man das dort überhaupt richtig begreifen würde". Generell habe Bräutigam die Erfahrung gemacht,

⁷¹ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/1445.

⁷² Karl-Heinz Baum: Das "Sündenregister" des Abgeordneten Marx. In: Frankfurter Rundschau vom 19. Mai 1979.

⁷³ Günter Bohnsack/Herbert Brehmer (1992), S. 194.

⁷⁴ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/17.

allgemeine Berichte nach Bonn zu senden, sei politisch wenig effektiv. Es sei vielmehr besser, in Einzelgesprächen mit einflußreichen Persönlichkeiten, aber auch in meinungsbildenden Gremien über die DDR und ihre Politik zu referieren. So folge er einer Einladung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht zu einem diesbezüglichen Vortrag vor dessen Kabinett. Das hätte ihm, "nebenbei gesagt, vom Bundeskanzleramt die Bemerkung eingetragen, wieso er direkt mit Herrn Albrecht verkehre". Auch mit Ministerpräsident Späth sei eine ähnliche Veranstaltung verabredet, denn die "Landesherren" hätten "fast die Rolle von Herzögen, und die politische Arbeit mit ihnen sei sehr wichtig". Ein Hinweis, den Honecker bei seinen zahlreichen Begegnungen mit Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer befolgt hat.

Weitere Themen des Gesprächs waren laut Schwabe unter anderem die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft, an die sich die SPD nach Bräutigams Meinung langsam herangetastet hätte, oder der Abbau der Sogwirkung der Bundesrepublik auf einen Teil der DDR-Bevölkerung, den Bräutigam auf fünf Prozent veranschlagt hätte. Dabei habe er jedoch nicht für "allgemeine Reisen von DDR-Bürgern", sondern für eine Politik der kleinen Schritte "ohne Risiko und jederzeit zurücknehmbar" plädiert. Als "offensichtliches Hauptanliegen" Bräutigams eruierte Schwabe dessen Sondierungen, ob ausgereisten und in der Bundesrepublik gescheiterten DDR-Bewohnern die Rückkehr gestattet werden könne. Unter den 40 000 Übersiedlern des Jahres 1984 gäbe es eine erhebliche Zahl, die sich in der Bundesrepublik nicht zurechtfinden würden. Damit habe Bräutigam nicht solche gemeint, die sich nirgendwo zurechtfinden oder Glücksritter wären. Ein wesentlicher Teil von denen, die er gemeint habe, hätten sogar bereits Arbeit gefunden. "Aber" - so zitierte Schwabe wörtlich - "sie finden sich in unserem System nicht zurecht. Ihnen fehlt bei uns sehr stark, was bei Ihnen weit mehr ausgeprägt ist: menschliche Wärme, Heimatgefühl etc." Schwabes Bemühen um eine authentische Wiedergabe des Gesprächsinhalts und der Zitate ist unverkennbar. So korrigierte er handschriftlich Bräutigams Besorgnis über die "neuerliche Erkrankung des Genossen Tschernenko" dahingehend, daß er sich an den Wortlaut hielt, "des Genossen" strich und durch "von" ersetzte.

Bei der Niederschrift eines noch offenerziger wirkenden Gesprächs zwischen dem "horizont"-Chefredakteur und dem beamteten Staatssekretär am 15. Juni 1987 ging Schwabe systematisch vor und versah in seinem Vermerk die angesprochenen Themen mit diesen Zwischenüberschriften:

"Zur Person des Genossen Honecker ... Zu einer eventuellen Reise des Genossen Honecker in die BRD ... Zu Berlin ... Zu seiner Arbeit ... Zu den Beziehungen BRD-Sowjetunion ... Zur NATO."⁷⁵

Als Begleiter von "leitenden Herren" aus der Bundesrepublik habe sich, so Schwabe, Bräutigam mehrfach davon überzeugen können, "daß man Herrn Honecker in keiner Weise anmerke, daß er bald seinen 75. Geburtstag begeht". Honecker kenne sich in Detailfragen der deutsch-deutschen Beziehungen und in der Abrüstungsproblematik so gut aus, wie es nach westlichen Vorstellungen eigentlich schon Sache der Spezialisten sei. Dabei konnte Bräutigam natürlich nicht wissen, daß Honecker unter grober Vernachlässigung anderer dringender Probleme - wie sie beispielsweise in den Bereichen der desolaten Wirtschafts- und Sozialpolitik entstanden waren - sich selbst zu einem profunden deutschlandpolitischen Spezialisten im Parteiapparat qualifizierte. Angesichts seiner Allmacht als SED-Generalsekretär war auch keineswegs verwunderlich, daß - was Bräutigam imponiert habe soll - in Gesprächen mit ihm "oft im Handumdrehen komplizierte Fragen gelöst würden, die vorher auf Expertenebene lange und mühevoll diskutiert worden waren". Der Staatssekretär habe auch darauf gedrungen, daß die Reise Honeckers in die Bundesrepublik diesmal stattfinden müsse, denn er sei dort "generell" willkommen. Man erwarte von diesem Besuch, daß für eine lange Zeit Pflöcke zur Gestaltung der Beziehungen eingeschlagen würden. Durch den Regierungswechsel in Bonn hätten sich leider die zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker in Hubertusstock geführten Gespräche nicht voll auswirken können. Die Vorbereitungen für den Besuch müßten von beiden Seiten mit äußerster Behutsamkeit geführt werden, denn "gewisse Leitartikel" in den bundesdeutschen Medien im Zusammenhang mit den Ereignissen am Brandenburger Tor müßten als Warnzeichen verstanden werden. Die Frage bleibt, ob Bräutigam damit das brutale Vorgehen der Volkspolizei und der MfS-Schlägertrupps Pfingsten 1987 gegen westdeutsche Korrespondenten und musikbegeisterte DDR-Jugendliche oder die dazu geäußerten Meinungen in den westdeutschen Medien tadeln wollte.

Die 750-Jahr-Feier Berlins hätte, wie Bräutigam befürchtet haben soll, manche Belastungen für die innerdeutschen Beziehungen gebracht; denn "beide Seiten hätten die Problematik nicht beherrscht". Seine Teilnahme am Festumzug in Ostberlin hänge davon ab, daß die Einladung nicht von

⁷⁵ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/58.

Oberbürgermeister Krack komme. Bräutigam könne zwar die Gedankengänge der alliierten Schutzmächte "in dieser Frage auch unter statusrechtlichen Gesichtspunkten nicht recht nachvollziehen", doch er müsse sich selbstverständlich deren Meinung anschließen.

Detailliert vorgebrachte Klagen Bräutigams über seine Arbeitsbelastung wurden in der Wiedergabe Schwabes zu massiven Beschwerden über die Personalpolitik des Bundeskanzleramtes. Bräutigam schätze sich zwar glücklich, daß er 1974 in Bonn bei den Vorbereitungen zur Eröffnung der Ständigen Vertretung noch habe durchsetzen können, dem Leiter ein Mitspracherecht einzuräumen. Doch seit einiger Zeit würde im Bundeskanzleramt und in anderen einflußreichen Dienststellen "eine rigorose Personalpolitik im Interesse der CDU durchgeführt". Er habe jedoch bisher verhindern können, daß "ausgesprochene Scharfmacher" zu ihm geschickt worden wären. Von den leitenden Herren in der Vertretung sei nur sein Stellvertreter Mitglied der CDU, "ohne sich nach außen besonders als solches zu engagieren". Jüngst habe man ihm einen persönlichen Referenten, "einen Mann aus dem Verteidigungsministerium andienen wollen", was Bräutigam als symptomatisch für den gegenwärtigen Trend der Personalpolitik im Bundeskanzleramt betrachtet habe. Insgesamt glaube er aber, daß sich auch im "öffentlichen Bonn" gegenüber der DDR manches gewandelt habe. Und: "Hinter den Kulissen leiste Bundespräsident von Weizsäcker in dieser Richtung eine sehr intensive Arbeit." 1993 wurde ein unter Bräutigam tätiger Leiter des politischen Referats der Ständigen Vertretung in Ostberlin als langjähriger MfS-Agent enttarnt. Es bedarf schon einiger Phantasie, um sich vorzustellen, welche zusätzlichen Interna er aus seiner Dienststelle in der Hannoverschen Straße in Berlin-Mitte den Auftraggebern in der Lichtenberger Normannenstraße übermittelt haben könnte.

Hans-Otto Bräutigam erläuterte mir gegenüber, seine Bemerkungen zur Personalpolitik der Ständigen Vertretung seien vor dem Hintergrund heftiger Angriffe der DDR-Führung gegen seine Mitarbeiter gefallen. Er habe sich damit vor seine Leute stellen wollen, um das Vertrauen in die Politik der Vertretung nicht aufs Spiel zu setzen.

Zur Tätigkeit der Pressereferenten der Ständigen Vertretung gehörte die Betreuung der westdeutschen Korrespondenten in Ostberlin. Dazu hatten sie dienstliche Kontakte zur Abteilung Journalistische Beziehungen im Außenministerium und auch - allerdings eher informell - zur Agitations-

abteilung im SED-Zentralkomitee. So berichtete Hans-Joachim Kobert, stellvertretender Abteilungsleiter und dort zuständig für auswärtige Journalisten, in einem für Joachim Herrmann bestimmten Vermerk über ein kurzes Gespräch am 16. März 1978 auf einem Empfang der tschechoslowakischen Botschaft mit Johannes Rieger, dem Pressesprecher von Gaus.⁷⁶ Rieger habe dabei sein Bedauern über das Verhalten einiger westdeutscher Korrespondenten in "den für Sie schmerzlichen Stunden" erklärt. Gemeint waren Spekulationen über die mysteriösen Umstände des Hubschrauberabsturzes in Libyen, bei dem der Vorgänger von Joachim Herrmann, Werner Lamberz, tödlich verunglückte. Rieger habe jedoch gemeint, daß die in diesem Zusammenhang erfolgte Abmahnung des ARD-Hörfunkkorrespondenten Armin Beth korrekt gewesen sei. Den ZDF-Journalisten Dirk Sager habe es jedoch unverdient getroffen, "da er es bestimmt anders gemeint habe, als es durch die DDR verstanden wurde". Das sei bei Sager häufiger der Fall. Rieger habe anschließend erläutert, daß einige Korrespondenten anders vorgingen, als beispielsweise Lothar Loewe, nach dessen "rabaukenhaftem Auftreten" es leichter möglich gewesen wäre, ihn an den "Hammelbeinen" zu ziehen. Loewe hatte sich übrigens nichtsahnend nach seiner spektakulären Ausweisung im Dezember 1976 in seinem Buch "Abends kommt der Klassenfeind" ausdrücklich für seine damalige Betreuung durch die Ständige Vertretung bedankt. Vor dem unvermittelten Abbruch der Unterhaltung habe Rieger über Loewes Nachfolger, Fritz Pleitgen, Kobert noch anvertraut, Pleitgen sei ein anderer Typ und bemühe sich um eine andere Berichterstattung, "obwohl Ihnen Pleitgen politisch mehr schaden könnte als Loewe".

In den Büroakten Herrmanns befindet sich auch die nicht unterzeichnete Niederschrift eines Gesprächs, das Rieger am 30. Mai 1978 mit einem unbekanntem Gesprächspartner geführt hatte. Honecker zeichnete den Bericht am 5. Juni ab, und Herrmann verfügte am folgenden Tage "ad West-Korrespondenten".⁷⁷ Der nicht genannte, vermutlich dem ZK-Apparat angehörende Gesprächspartner schrieb, Rieger habe sich von den zahlreichen negativen Kommentaren der "BRD-Presse" zur kürzlich beendeten ZK-Tagung distanziert. In der Ständigen Vertretung sei demgegenüber der sachliche Ton der Diskussionsredner, aber auch die "ziemlich scharfe Kritik" an den Mängeln in der Volkswirtschaft aufgefallen. Ein Wirtschaftsminister der Bundesrepublik würde es angesichts der zu

⁷⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/51.

⁷⁷ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/51.

erwartenden Reaktion der Opposition nicht wagen, dies so offen wie Honecker zu enthüllen. Rieger habe sich sinngemäß dahingehend geäußert, die Situation sei in der DDR bedeutend ruhiger und stabiler, als dies ständig in den Massenmedien der Bundesrepublik dargestellt werde. Dort habe aber die Mehrheit der Bevölkerung eine ziemlich negative Meinung von der DDR, die sie in den Massenmedien bestätigt sehen wolle. Positive Informationen über die DDR ließen deshalb die Redaktionen und Verlage nicht durchgehen. Rieger habe jedoch versichert, die Ständige Vertretung sei bestrebt, "ein objektiveres Bild von der DDR" zu vermitteln. Mit Einschränkungen gelang ihr das in der Folgezeit tatsächlich, wie es im vorhergehenden Abschnitt dargestellt wurde. Doch ebenso wie die SED-Führung waren die Pressesprecher der Ständigen Vertretung offenbar zu keiner Zeit mit der westdeutschen DDR-Berichterstattung zufrieden.

Am 12. Januar 1988 berichtete die Mitarbeiterin der Abteilung Journalistische Beziehungen im MfAA, Maritta Carl, über ein am Vortage geführtes Gespräch mit Eberhard Grashoff, Pressereferent der Ständigen Vertretung unter ihren insgesamt vier Leitern.⁷⁸ Im offiziellen Teil ging es um die Vorbereitungen eines Besuches des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, die allgemeine Besucherbetreuung in der Ständigen Vertretung sowie um einen von Grashoff angeregten neuerlichen Journalistenaustausch.

"Außerhalb des Protokolls" sei Grashoff von Maritta Carl auf die Berichterstattung der ARD-Fernsehkorrespondenten in den letzten Wochen angesprochen worden, die sie ihm gegenüber als "nicht unbedingt förderlich für die guten nachbarlichen Beziehungen" bezeichnet habe. Grashoff habe sich zunächst einer Meinungsäußerung entziehen wollen, aber nach einigem Nachdenken gemeint, dies treffe weniger auf Hans-Jürgen Börner als auf Claus Richter zu. Grashoffs Problem bestehe darin, er könne mit Neuankömmlingen zwar reden und ihnen Hinweise geben, aber nicht als Zensor auftreten. Die Korrespondenten seien hier "sehr feinfühlig und mimosenhaft". Journalistische Beziehungen seien für Grashoff ein Barometer der politischen Beziehungen. Dies werde aber von der "neuen Journalisten-Generation vor Ort" nicht so ernst genommen, wie es erforderlich wäre, denn:

"Während sich noch vor 10 Jahren die BRD-Journalisten in der

⁷⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/58.

DDR - trotz aller Probleme mit Wiessner, Loewe, Mettke - als Mitgestalter der Beziehungen DDR/BRD fühlten und diese letztlich auch nicht belasten wollten, sei die 'Generation der Richters' davon weit entfernt, denke vorwiegend an die eigene Karriere".

Der Tenor der DDR-Berichterstattung von Richter stimme Grashoff auch nachdenklich, da er nicht in jedem Falle mit den erkennbaren Absichten der Bundesregierung konform gehe. Er wolle darüber nachdenken, wie er unter diesem Aspekt mit Richter nach dessen Urlaub reden könne, "ohne dessen Sensibilität zu verletzen". Zur Amtszeit von Gaus seien die Journalisten enger an die Politik und die Arbeit angebunden gewesen, weil sich der ehemalige Journalist Günter Gaus "sehr verantwortungsbewußt" um sie gekümmert habe. Heute würden nur noch routinemäßige Pressegespräche in der Ständigen Vertretung mit den akkreditierten Korrespondenten durchgeführt. Und auch dort arbeite jetzt eine neue Generation der "Macher" ohne emotionale Bindung an den Arbeitsgegenstand. Grashoff, der mir gegenüber ohne Umschweife den in Maritta Carls Aufzeichnung beschriebenen Gesprächsverlauf als korrekt wiedergegeben bezeichnete, habe mit den "Machern" diejenigen gemeint, die sich von Bonn nur aus finanziellen und Karrieregründen nach Ostberlin hätten versetzen lassen. Daß die Berichterstattung Claus Richters nicht mit den deutschlandpolitischen Absichten der Bundesregierung konform gehe, sei indessen von Maritta Carl "überhöht" worden.

Zwei weitere im SED-Archiv erhalten gebliebene Vermerke aus der MfAA-Abteilung Journalistische Beziehungen dürften bei der SED-Führung den Eindruck vermittelt haben, Bräutigam und Grashoff hätten eine selbständige, nicht immer den Vorstellungen der Bundesregierung entsprechende Pressepolitik betrieben. So berichtete der ARD-Hörfunkkorrespondent Robert Röntgen am 9. Juni 1983 im MfAA zunächst über hausinterne Vorgänge, was - wie aus weiteren Aktenfunden ersichtlich ist - auch andere westdeutsche Journalisten im Außenministerium gelegentlich taten. Sein dortiger Ansprechpartner, Rolf Muth, erfuhr von Röntgen anschließend Einzelheiten aus einer Diskussionsrunde in der "Laube", dem abhörsicheren Raum in der Ständigen Vertretung, mit den in Ostberlin akkreditierten westdeutschen DDR-Korrespondenten. Dabei ging es um die Frage, ob man mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, im Verlaufe seiner Privatreise in die DDR zu einem Pressegespräch zusammentreffen sollte. Unter Vorbehalt habe man dies abgelehnt, obwohl aus der Umgebung Windelens Gesprächsbereitschaft signalisiert worden sei. Abgeraten wurde auch aus der Stän-

digen Vertretung, denn Muth hielt fest:

"Bräutigam und sein Pressesprecher Grashoff hätten auf Befragen erklärt, dies müsse dem politischen Empfinden der Korrespondenten überlassen bleiben - allerdings immer unter dem Gesichtspunkt, daß Veröffentlichungen darüber 'dem Fortkommen vom Stillstand der politischen Beziehungen beider Staaten zu dienen' hätten, und hier lägen die 'tonangebenden Bereiche doch wohl mehr bei anderen Ressorts, z. B. auf dem Gebiet des Handels und der Vertragspolitik'.⁷⁹

Eberhard Grashoff bestätigte mir gegenüber den Wahrheitsgehalt dieser Darstellung.

Wenige Tage darauf, am 29. Juni 1983, hatte Grashoff einen aus Bonn übermittelten Auftrag im MfAA zu erledigen. Es galt, die Aufhebung des Einreiseverbots für den Publizisten und Mitherausgeber der "Welt", Matthias Walden, zu fordern, der über den Kirchentag in Dresden berichten wollte. Dieses Verlangen stieß auf taube Ohren, woraufhin Grashoff erklärt habe, seine Regierung werde dies bedauernd zur Kenntnis nehmen. Dann folgen in dem Vermerk zwei knappe Sätze, die Joachim Herrmann später mit kräftigen Anstrichen versah:

"G. ließ durchblicken, daß für ihn persönlich diese Angelegenheit erfüllt sei. Er habe nur einen Auftrag erfüllt."⁸⁰

Manfred Stolpe schien übrigens nicht nur im DDR-Außenministerium, sondern auch bei Grashoff Unterstützung gesucht zu haben, wenn es darum ging, bundesdeutsche Korrespondenten vom Besuch kirchlicher Veranstaltungen abzuhalten. In diesem Sinne berichtete jedenfalls im Vorfeld eines Friedensgottesdienstes in der Erlöserkirche von Berlin-Lichtenberg der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, schriftlich dem Politbüromitglied Paul Verner am 21. Juni 1982.⁸¹

Eine differenzierte Wertung des Verhaltens von Bundesbediensteten auf Ostberliner diplomatischem Parkett gehört nicht unmittelbar zur Klärung der Frage, inwieweit die West-Medien die Lenkungsmechanismen der SED-Medienpolitik beeinflußt haben. Nachzutragen bleibt allenfalls, daß der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe seine Vertrauten aus DDR-Zeiten, Bräutigam und Grashoff, nach Potsdam holte. Bräu-

⁷⁹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/56.

⁸⁰ Ebenda, Blatt 83.

⁸¹ Rainer Eppelmann (1993), S. 250.

tigam wurde Justizminister, und der gelernte Journalist Grashoff leitete bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1993 das Presse- und Informationsamt der Landesregierung. Bei seiner Verabschiedung erhielt er das Bundesverdienstkreuz, wobei Grashoff, den die meisten westdeutschen DDR-Korrespondenten als kenntnisreichen und stets hilfsbereiten Kollegen geschätzt haben, sich nachdrücklich geweigert hat, die Auszeichnung auch in Würdigung von Verdiensten aus seiner zehnjährigen Tätigkeit bei der Ständigen Vertretung entgegenzunehmen. Dort habe er nur seine Pflicht erfüllt.⁸²

Die Pressearbeit der Ständigen Vertretung stieß - wie fast alle die westlichen Medien betreffenden Vorgänge - in der SED-Spitze auf größtes Interesse. Beschwichtigungsversuche nahm man dort dankbar zur Kenntnis. Sie bestärkten die alten Männer im Politbüro in ihrer Vogel-Strauß-Politik. Andererseits hinterließen sie bei ihnen wohl auch den Eindruck, die Westdeutschen erfolgreich gegeneinander ausspielen und ihre Standfestigkeit auf die Probe stellen zu können. Schriftliche Quellen gibt es dazu nicht. Diesbezügliche Weisungen erteilte man vorzugsweise mündlich. In gefilterter Form flossen sie dann in diverse "Empfehlungen" ein, die die DDR-Journalisten auf den von der ZK-Abteilung Agitation organisierten "Argus" im "Großen Haus" am Werderschen Markt erhielten. Nach dem Motto: Feind hört mit, aber er darf aus außen- und wirtschaftspolitischer Rücksichtnahme nur in Maßen brüskiert oder gar gereizt werden, weil er sonst die innere Stabilität der DDR ernsthaft gefährden könnte, blieben die Westmedien für die DDR-Führung zwar auch in den letzten zwanzig Jahren ihrer Herrschaft in erster Linie "Klassenfeinde", doch bei Bedarf erwiesen sie sich auch als "Entspannungsfreunde" nützlich.

⁸² Der Tagesspiegel, 25. Februar 1993.

Anmerkungen

Sofern Autorennamen mit Jahreszahlen in Klammern genannt werden, findet sich der vollständige Titel ihrer Publikation in den Literaturhinweisen.

Die Abkürzungen "SAPMO-BArch" und "BStU" stehen für die Archive "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" beziehungsweise "Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik". Mitarbeitern beider Institutionen bin ich zu Dank für ihre Hilfe bei den Recherchen verpflichtet.

Dokumentenverzeichnis und Dokumente

	Seite
Information des MfS über "Aktivitäten des in der DDR akkreditierten Korrespondenten des Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' Ulrich Schwarz seit der Ausbürgerung von Biermann" vom 2. Februar 1977 (BStU, ZA, ZAIG 2643)	61
Information des MfS über "das von in der DDR akkreditierten Korrespondenten der ARD vorbereitete Fernsehgespräch mit dafür speziell ausgewählten DDR-Schriftstellern" vom 19. August 1978 (BStU, ZA, ZAIG 2643)	65
Schreiben des ersten stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Generalleutnant Bruno Beater, zum weiteren "Vorgehen gegen den BRD-Korrespondenten Lutz Lehmann wegen der vorbereitenden Gespräche zu einem Film über Schriftsteller in der DDR" vom 19. August 1978 (BStU, ZA, ZAIG 2853)	70
Hausmitteilung des ZK-Sekretärs für Agitation, Joachim Herrmann, für Erich Honecker über angemeldete "journalistische Vorhaben" des ARD-Fernsehkorrespondenten Fritz Pleitgen vom 21. April 1979 (SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/3)	73
Hausmitteilung des Leiters der ZK-Abteilung Agitation, Heinz Geggel, für Erich Honecker über "Aktivitäten" des ARD-Fernsehkorrespondenten Lutz Lehmann und des Korrespondenten der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Peter Jochen Winters, im Bezirk Rostock vom 29. Juli 1980 (SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/53)	75

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSTU
000061Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

000438

Berlin, den
2. 2. 77

4 Blatt

Exemplar

Nr. 74,77

INFORMATION

über

Aktivitäten des in der DDR akkreditierten Korrespondenten des Nachrichtenmagazine "Der Spiegel" Ulrich Schwarz seit der Ausbürgerung von Biermann

KOPIE

Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen von Schwarz nach der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch Biermann umfangreiche Aktivitäten zur Erlangung von Informationen über die Haltung bestimmter Personenkreise zu den gegen Biermann getroffenen Maßnahmen entfaltet. Zu diesem Zweck forcierte er seine Kontakte zu feindlich-negativen Kräften in der DDR, zu denen er auch bereits vordem enge Verbindungen unterhielt, wie z. B. zu Rolf Schneider, Schlesinger, Eva-Maria Hagen u. a. Seine wiederholten Versuche, mit Havemann Verbindung aufzunehmen, konnten durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden.

Nach der vom MFAA, Abteilung Journalistische Beziehungen, am 30. 11. und 1. 12. 1976 erfolgten Ermahnungen gegenüber den in der DDR akkreditierten Journalisten der BRD - wonach jegliche Kontaktaufnahme mit Havemann als eine Einmischung in innere Angelegenheiten

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

tes der DDR betrachtet wird und zu unterlassen ist - entwickelte Schwarz verstärkte Initiativen, um über Mittelspersonen den Kontakt zu Havemann weiter aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck ständige Verbindungen zu den Havemann unmittelbar nahestehenden Personen herzustellen bzw. auszubauen.

Seit diesem Zeitpunkt sucht Schwarz ständig die Wohnung der Christine Biermann auf, um dort zu diesem Zweck u. a. mit ihr selbst, Sybille Havemann, Eva-Maria Hagen und Bettina Hindemith, der Tochter von Stephan Hermlin, zusammenzutreffen. Dieser Personenkreis unterhält über Sybille Havemann auch Kontakte zu Robert Havemann.

Dem MfS ist bekannt, daß Schwarz nach dem am 12. 1. 1976 im MFAA erfolgten Ermahnung bis zum 21. 1. 1977 in ca. 15 Fällen die Wohnung der Christine Biermann aufsuchte, wobei er sich teilweise bis zu zwei Stunden dort aufhielt. Weitere 7 Besuche von Schwarz scheiterten lediglich daran, daß er in der Wohnung niemand antraf. Mehrfach wurde festgestellt, daß er die Wohnung, unmittelbar von der ERD-Vertretung kommend abtrat bzw. nach Verlassen der Wohnung umgehend wieder die Verhaftung aufsuchte.

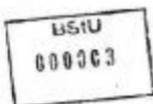
An Abend des 25. 1. 1977 begab sich Schwarz erneut zur Wohnung der Christine Biermann. Da er dort niemand antraf, suchte er die Wohnung der Eva-Maria-Hagen auf, wo er auch mit Sybille Havemann zusammentraf. Gegen 20.45 Uhr verließen Schwarz und Sybille Havemann gemeinsam die Wohnung der Hagen.

Nach dem MfS weiter intern vorliegenden Hinweisen gibt es Anhaltspunkte dafür, daß Schwarz unter Ausnutzung und Mißbrauch seiner Akkreditierung in der DDR Kurierdienste für Wolf und Christine Biermann ausführt und deren Post wechselseitig befördert und übermittelt.

Schwarz unterhält außerdem - wie schon eingangs erwähnt - zum Schriftsteller Rolf Schneider Kontakt, von dem er u. a. im November 1976 konkrete Informationen zur sogenannten 2. Protesterklärung forderte.

- 3 -

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Diese Aktivitäten des Schwarz stellen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar und sind ein Verstoß gegen die im § 5 der VO vom 21. 2. 1973 gegenüber akkreditierten Journalisten gewährten Arbeitsmöglichkeiten. Sie haben nichts mit dem prinzipiellen Anliegen des journalistischen Auftrages zu tun,

Mittel der Völkerverständigung zu sein und beizutragen zum Anwachsen des Vertrauens zwischen den Völkern, zur Erzielung von Fortschritten des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staaten, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten,

auf die auch die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Präambel des Abschnittes: "Information" orientiert und denen alle Maßnahmen der Verbreitung, des Zugangs zu und des Austausches von Informationen einschließlich der Tätigkeit von Journalisten anderer Staaten untergeordnet sein müssen.

Im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" Nr. 1/2 vom 3. 1. 1977 erschien unter der Überschrift "Auf euch kommen harte Zeiten zu" ein Bericht mit Fotos, in dem Schwarz "über Erfahrungen mit dem DDR-Staatssicherheitsdienst" berichtet.

Schwarz diskriminiert und verleumdet in diesem Artikel die Tätigkeit des MfS. Er behauptet u. a., die gesamte Bevölkerung der DDR sei einem ausgeklügelten "Abhör- und Bepitzelungssystem" unterworfen.

Im Zusammenhang mit rechtswidrigen Aktivitäten von BRD-Korrespondenten eingeleitete Maßnahmen werden durch Schwarz als angebliche Einschränkungen deren Bewegungsfreiheit und Arbeitsmöglichkeiten bezeichnet und würden dem Ziel dienen, ihre Kontakte zu Personen aus der DDR "einzutrocknen" und sie einzuschüchtern.

Am 17. 11. 1976 unternahm es Schwarz, unter Umgehung des mit gleichem Datum beantragten journalistischen Vorhabens vorab und unabhängig von der Entscheidung des MfAA, eigene Recherchen zur Adop-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

tion von 2 Kindern durch ein Ehepaar aus Eisenhüttenstadt zu führen. Er versuchte, Informationen zu erlangen, die internen, staatlichen Charakter tragen. Zu solchen Recherchen ist er ohne Genehmigung des MfAA nicht befugt.

(Alle mit Adoptionsfragen und diesbezüglichen Entscheidungen zusammenhängenden Informationsinhalte tragen internen/staatlichen Charakter. Ihnen liegen gerichtliche Urteile gemäß § 51 Familiengesetzbuch (FGB)/§§ 142 ff StGB und Beschlüsse des Organs der Jugendhilfe (§ 6 FGB) zugrunde. Sie berühren im besonderen Maße die Persönlichkeitsrechte und Würde der Menschen und sind objektiv nicht für Öffentlichkeitsmaßnahmen geeignet.)

Entsprechend den §§ 66, 68, 69, 70 des FGB und § 8 Jugendhilfeverordnung (JHVO) unterliegen daher solche Fragen der Vertraulichkeit. Es sind jedwede Handlungen zu unterlassen, die Konflikte in der Erziehung und im Eltern-Kind-Verhältnis hervorrufen könnten.

Auf diese Fakten und deren negative Auswirkungen bei einer Veröffentlichung wurde Schwarz bei dem Gespräch am 23. 11. 1976 im MfAA, Abt. Journalistische Beziehungen, ausdrücklich hingewiesen. Außerdem liegt den zuständigen staatlichen Organen der DDR ein Ersuchen der Adoptiv Eltern vor, sie vor derartigen Belästigungen durch Korrespondenten zu schützen.

Ungeachtet der Ermahnungen gegenüber Schwarz erschien im "Spiegel" Nr. 49 vom 29. 11. 1976 die Veröffentlichung eines Artikels zur Adoption von 2 Kindern durch ein DDR-Ehepaar, in dem die zuständigen staatlichen Organe der DDR diskriminiert und ihnen unrechtmäßiges fergehen unterstellt wird.

Die Aktivitäten des Schwarz beinhalten eindeutige Verletzungen der Rechtsordnung der DDR, insbesondere der Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR vom 21. 2. 1973 und der 1. Durchführungsbestimmung zur VO vom 21. 2. 1973. Sie stehen zugleich im Widerspruch zu den Vereinbarungen im Briefwechsel zwischen der DDR und der BRD über die gegenseitige Gewährung von Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten vom 8. 11. 1972.

 MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

000786

 Streng geheim!
 Um Rückgabe wird gebeten!

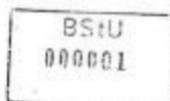
Berlin, den 19. Aug. 1978

Nr. 495 / 78

1. Hon ✓
2. Herr ✓
3. Geg ✓
4. Mittag ✓
5. Kratsch ✓
6. Hange ✓
7. Scherr ✓ 7. Regl.
8. XIAIG ✓
9. RS ✓ 22.8.

5 Blatt

Exemplar



INFORMATION

über

das von in der DDR akkreditierten Korrespondenten der ARD vorbereitete Fernsehgespräch mit dafür speziell ausgewählten DDR-Schriftstellern

Wie dem MfS intern bekannt wurde, bestanden seit etwa Anfang Juli 1978 gemeinsame Interessen des Stefan HEYM und des in der DDR akkreditierten Fernsehkorrespondenten der ARD (Leiter des ARD-Büros in der Hauptstadt der DDR) PLEITGEN, Fritz, ein Fernsehgespräch über die von Stefan HEYM zusammengestellte Anthologie über DDR-Literatur "Auskunft II", die im Bertelsmann-Verlag München erscheinen soll, zu produzieren.

Internen Hinweisen zufolge äußerte HEYM, PLEITGEN habe ihm den Vorschlag unterbreitet, in einer Sendung "eine große Show über die Anthologie zu machen", bei der HEYM und einige andere an der Anthologie beteiligte Autoren in einem Gespräch zusammengeführt werden. Obwohl HEYM in verschiedenen internen Gesprächen vordergründig herausstellte, er finde "die Idee von PLEITGEN gut", hinterließ er den Eindruck, daß er der Kontaktsuchende gegenüber ARD war, der sich laufend in Erinnerung brachte.

BS10
000002

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Zu HEYMs Anthologie "Auskunft II" ist folgendes von Bedeutung:

"Auskunft II" soll an die von Stefan HEYM Ende Juli 1974 in der Autoren-Edition des Bertelsmann-Verlages herausgegebene Anthologie "Auskunft - Neue Prosa aus der DDR" anknüpfen. (An dieser ersten Anthologie - für 20,-- DM im Angebot in der BRD - waren in 36 Prosastücken 35 DDR-Schriftsteller beteiligt, unter ihnen Anna SEGHERS, Hermann KANT, Ulrich PLENZDORF, Franz FÜHMANN, Christa WOLF, Martin STADE, Klaus SCHLESINGER, Rolf SCHNEIDER, Günter KUNERT, Stefan HERMLIN usw. HEYM, der die Autoren gewonnen und ihre Arbeiten für den Bertelsmann-Verlag zusammengestellt hatte, trat als Herausgeber auf, ohne sich mit einem eigenen Beitrag zu beteiligen. Die einzelnen kurzen Beiträge der Autoren dieser Anthologie haben sehr unterschiedliche Aussagen, ihr Gesamteindruck ist jedoch trotz einiger politisch zweideutiger Beiträge positiv.)

HEYM unternahm seit Anfang 1977 Initiativen für die neue Anthologie "Auskunft II", schrieb im April/Mai 1977 eine Reihe von Schriftstellern an und bat sie um ihre Mitarbeit. Insgesamt forderte er ca. 60 Autoren zur Mitarbeit auf, darunter eine Reihe Nachwuchsautoren.

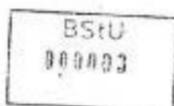
An der inzwischen von HEYM zusammengestellten "Auskunft II" sind 44 DDR-Autoren beteiligt, von denen über die Hälfte durch eine feindlich-negative Haltung gegenüber der DDR bzw. unserer Kulturpolitik bekannt sind.

HEYM kam im Laufe des Monats Juli 1978 mit PLEITGEN überein, das Fernsehvorhaben in Form eines Gesprächs, das in Wort und Bild aufgenommen wird, zu realisieren, wobei neben HEYM weitere von HEYM zu benennende Autoren, die in der Anthologie "Auskunft II" veröffentlicht, beteiligt sein sollen. Gesprächsstoff sollte die "Auskunft II" in Anknüpfung an die erste "Auskunft" sein.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Seit Ende Juli 1978 haben der zweite in der DDR akkreditierte ARD-Korrespondent Lutz LEHMANN, der schon vorher von PLEITGEN als Moderator der Sendung benannt wurde, und Stefan HEYM eine Reihe offenkundig abgestimmte Aktivitäten zur Vorbereitung dieser Fernsehsendung mit DDR-Schriftstellern entwickelt. LEHMANN führte seit diesem Zeitpunkt bis einschließlich 18. 8. 1978 Gespräche (teilweise mehrmals) mit

HEYM, Stefan
 JAKOBS, Karl-Heinz
 SCHÜTZ, Helga
 POCHE, Klaus
 LÖBST, Erich
 KUNERT, Günter.



Neben Fragen der Gestaltung der Sendung bzw. der Mitwirkung daran ging es vor allen auch darum, mitzuteilen, daß der Aufnahmezeitpunkt für diese Sendung im ARD-Büro in der Hauptstadt der DDR der 22. 8. 1978, 13.00 Uhr. ist bzw. daß dieser Termin bestehen bleibt.

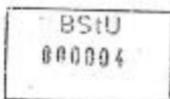
Weitere Gespräche mit LEHMANN vorgesehen mit HEYM am 19. 8. 1978 und KUNERT am 20. 8. 1978.

Im o. g. Zeitraum (seit Ende Juli) hat gleichzeitig HEYM intensive Bemühungen unternommen, einige Autoren seiner "Auskunft II" für das ARD-Fernsehgespräch zu gewinnen. Er schlug vor, das Fernsehgespräch inhaltlich so zu gestalten, daß man sich über die einzelnen Beiträge in der Anthologie, über die persönliche Arbeit, über die Vergangenheit im künstlerischen Schaffen des einzelnen und "Über andere interessante Fragen" unterhalten sollte.

Nach bisheriger Kenntnis wandte sich HEYM zwecks Mitgestaltung der Sendung an die freischaffenden Schriftsteller

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

KUNERT, Günter
 POCHE, Klaus
 LOEST, Erich
 KOHLHAASE, Wolfgang
 FÜHMANN, Franz
 JAKOBS, Karl-Heinz
 SCHÜTZ, Helga
 LANGE, Katja.



(Außer LOEST und KOHLHAASE sind alle anderen Genannten Unterzeichner von "Protestresolutionen" gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft BIER MANNs. LOEST war 1959 wegen Staatsverrat zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.)

KUNERT, POCHE, LOEST, JAKOBS und Helga SCHÜTZ gaben ihr Einverständnis zur Mitwirkung an der Sendung, wobei LOEST, JAKOBS und die SCHÜTZ nachdrücklich betonten, sie würden sehr gerne dabei sein. FÜHMANN bat HEYM, auf seine Mitwirkung aus zeitlichen Gründen zu verzichten. KOHLHAASE gab ebenfalls einen ablehnenden Bescheid, da er sich im Ausland befinde. Katja LANGE, die sich zur Mitarbeit bereit erklärte, wurde von HEYM erklärt, sie habe sich zu spät gemeldet, ihre Teilnahme sei nicht mehr möglich.

HEYM äußerte intern, mit der Zusage von KUNERT, POCHE, LOEST, JAKOBS und der Helga SCHÜTZ sei "das Konzept komplett".

In mehreren Gesprächen hatten sich HEYM und LEHMANN über den Termin der Fernsehaufzeichnung geeinigt.

(In Zusammenhang mit den vorstehenden Darlegungen ist beachtenswert, daß HEYM nachweisbar seit Ende 1976 engeren Kontakt zum ARD-Büro in der Hauptstadt der DDR, vorher zu LOEWE, in der letzten Zeit zu PLEITGEN, unterhält, besonders zu Zwecken von Filmaufnahmen und Interviews.)

BStU 000005

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Wie bereits 1974 informierte Stefan HEYM den Stellvertreter des Ministers für Kultur und Leiter der HV Verlage und Buchhandel, Gen. HÜPCKE, über sein Vorhaben (Anthologie "Auskunft II"), wobei er die Auflage erhielt - die später wiederholt wurde - das Manuskript rechtzeitig vorzulegen.

Nachdem HEYM dieser wiederholten Aufforderung nachgekommen war, wurden mit ihm seitens des Gen. HÜPCKE Aussprachen geführt, in deren Ergebnis HEYM Veränderungen an dem von ihm verfaßten Vorwort, das gegen die DDR gerichtete Anfeindungen enthielt, vornahm.

(Nach vorliegenden Hinweisen war im Ministerium für Kultur eingeschätzt worden, daß die Anthologie zwar eine ganze Reihe düsterer, individueller Beiträge, jedoch ohne offenen feindlichen Charakter beinhalte, so daß eine Zustimmung nicht verweigert werden könne.)

Auf Grund der Auflage durch das Ministerium für Kultur, wonach HEYM verpflichtet wurde, dafür Sorge zu tragen, daß alle Autoren ihre Arbeiten beim Büro für Urheberrechte der DDR genehmigen lassen, informierte HEYM die Betreffenden umgehend. Sieben Autoren, darunter die für das "Fernsehgespräch" vorgesehenen KUNERT und POCHÉ, haben noch keinen Vertrag abgeschlossen.

HEYM selbst verweigert den Abschluß des Vertrages, da er nach eigenen Äußerungen die Anordnung zur Wahrung der Urheberrechte nicht anerkennt.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, den 19. August 1978

Tgb.-Nr. VMA/

*Anschr. (o. Du.) auch an Gen. Fischer/Hen.
(hierlich)*

Generalsekretär des ZK der SED und
Vorsitzender des Staatrates der DDR

Genossen Erich H o n e c k e r

BSU
000006

Wertes Genosse Generalsekretär!

Für das weitere Vorgehen gegen den BRD-Korrespondenten Lutz LEHMANN wegen der vorbereitenden Gespräche zu einem Film über Schriftsteller in der DDR wird vorgeschlagen, den Inhalt dieser Unterredungen näher zu untersuchen. Das Ziel dieser Prüfung müßte es sein festzustellen, ob LEHMANN bereits in diesen Unterredungen gegen die ihm durch die Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR vom 21. 2. 1973 auferlegte Pflicht zur Einhaltung der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der DDR verstoßen hat. Auf der Grundlage des heutigen Artikels in "Neues Deutschland" sind dann in Anwendung der 1. Durchführungsbestimmung zu der genannten Verordnung die darin vorgesehenen Maßnahmen möglich, nämlich Verwarnung oder Entzug der Akkreditierung und Ausweisung sowie die Schließung des Büros.

Der Verdacht der Gesetzesverletzung durch LEHMANN könnte auch in strafrechtlicher Hinsicht geprüft werden und zwar, ob in den vorbereitenden Gesprächen der Tatbestand der "Öffentlichen Herabwürdigung" (§ 220 Abs. 1 StGB) bereits verletzt wurde.

BSU
000007

Hierzu wäre erforderlich, daß der Generalstaatsanwalt von Berlin ein Ermittlungsverfahren einleitet, ohne daß die Volkspolizei in Erscheinung zu treten brauchte, LEHMANN vorlädt und ihn sowie einige Zeugen durch einen Staatsanwalt seiner Dienststelle vernehmen läßt. Ein Ermittlungsverfahren dauert nach der Strafprozeßordnung in der Regel bis zu 3 Monaten. Diese Frist kann ausnahmsweise überschritten werden.

Der Einleitung des Ermittlungsverfahrens müssen staatsanwaltschaftliche Prüfungshandlungen vorausgehen, in deren Verlauf LEHMANN schon vorgeladen und vom Staatsanwalt befragt werden kann. Sollte LEHMANN wie angekündigt den Film trotz der Warnungen herstellen und senden lassen, müßte die inhaltliche Wertung des Filmes in die vorgeschlagenen Maßnahmen einbezogen werden. Dabei wäre dann zu prüfen, ob sich daraus weitere Gesetzesverletzungen ergeben.

Nach Ihrer Entscheidung würden wir die konkreten Schritte für das weitere Vorgehen mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten und dem Generalstaatsanwalt der DDR abstimmen und Ihnen die Untersuchungsergebnisse zur Entscheidung vorlegen.

Mit sozialistischem Gruß

i. V. *Brecht*
Generalleutnant

Anlage

Anlage

§ 220 StGB

Öffentliche Herabwürdigung

(1) Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung zur Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.

(2) ...

ZENTRALKOMITEE

HAUSMITTEILUNG

AR	Generalsekretär des ZK der SED Gen. E. Honecker	Mitglied des Politbüros J. Herrmann	Diktatstischen	Datum 21.4.79	Abgabetermin 720
Bsp.					

Lieber Genosse Honecker!

Nach Rückkehr von den Besprechungen in Bonn hat der Korrespondent des ARD-Fernsehens Fritz Pleitgen in Fernschreiben an das Außenministerium die Genehmigung für drei journalistische Vorhaben beantragt:

1. Interview "mit dem verantwortlichen ADN-Vertreter zum Artikel 'Zum Befehlsempfang in Bonn'. Drehtermin möglichst in den nächsten Tagen."

Unser Vorschlag:

Pleitgen wird geantwortet, den Kommentar ist absolut nichts hinzuzufügen. Der ADN hat kein Interesse an einer Diskussion darüber.

2. Straßenbefragung zur neuen Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Tätigkeit ausländischer Journalisten in der DDR.

Unser Vorschlag:

Pleitgen ist zu antworten: Die Gesetze der DDR sind eine innere Angelegenheit der DDR und nicht Gegenstand von Diskussionen ausländischer Korrespondenten mit Bürgern der DDR.

3. Bericht über den Stadtbezirk Prenzlauer Berg verbunden mit Aufnahmen im Kreiskulturhaus "Prater" und Interviews mit den "Ortschronisten" und einem weiteren namentlich genannten Bürger.

-2-

+ Genehmigt
Fritz Pleitgen
+ Genehmigt
ZK Lehmann

Unser Vorschlag ist, dem Antrag zuzustimmen, vorausgesetzt die beantragten Interviewpartner sind dafür geeignet (wird gegenwärtig geprüft).

Ich bitte um Deine Zustimmung.

Mit vielen Grüßen


J. Herrmann


SED
HAUSMITTEILUNG

An Genossen Erich Honecker	von Abteilung Agitation	Dienstzeichen Ce/He	Datum 29.7.1980	Arbeitsgruppen- vermerk
Betr.			Telefon Nr.	[Handwritten initials]

Werter Genosse Honecker!

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des ARD-Korrespondenten Lehmann im Bezirk Rostock und der entsprechenden Sendung in der Tagesschau des ARD-Fernsehens möchte ich Dir eine Erklärung geben. Lehmann hat sich fernschriftlich bei der Hauptabteilung Presse des MfAA, entsprechend unserer Ordnung, nach dem Bezirk Rostock zu "Landschafts- und Stadtaufnahmen" und Gesprächen mit DDR-Bürgern zum Treffen E. Honecker und H. Schmidt abgemeldet. In einem Telefongespräch eines Mitarbeiters des MfAA erklärte er, er wolle auf der Grundlage der ihm für Berlin erteilten Genehmigung noch einige Gespräche dazu in Rostock führen.

Nach Rücksprache mit mir haben die Genossen des MfAA Lehmann dies nicht untersagt. Da die ausländischen Korrespondenten nach Abmeldung beim MfAA in die Bezirke fahren können, ließen wir uns davon leiten, daß ein Untersagen von Gesprächsaufnahmen im Bezirk Rostock gegen uns ausgenutzt werden könnte.

Was den Bericht des Korrespondenten Jochen Peter Winters in der "FAZ" vom 28. 7. 1980 betrifft, so hat dieser sich beim MfAA "zu einer Privatreise in den Raum Rostock" abgemeldet.

Wie uns bekannt ist, ist mit weiteren Aktivitäten westlicher Korrespondenten in dieser Sache zu rechnen. Wir werden Dir jeden einzelnen Fall zur Entscheidung vorlegen.

Mit sozialistischem Gruß

H. Giegel

Literaturhinweise

- Erich Böhme (Hrsg.):** Deutsch-deutsche Pressefreiheit - Vom Grundlagenvvertrag bis zur Schließung des SPIEGEL-Büros, Hamburg 1978.
- Günter Bohnsack/Herbert Brehmer:** Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi im Westen Politik machte, Hamburg 1992.
- Ulrich Bürger (Pseudonym):** Das sagen wir natürlich nicht! Donnerstags-Argus bei Herrn Geggel, Berlin 1990.
- Beatrice Dernbach:** DDR-Berichterstattung in bundesdeutschen Qualitätszeitungen. Eine empirische Untersuchung, Rothenburg/Tauber 1990.
- Rainer Eppelmann:** Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993.
- Thomas Grimm:** Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie, Berlin 1993.
- Kurt R. Hesse:** Westmedien in der DDR. Nutzung, Image und Auswirkungen des bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln 1988.
- Gunter Holzweißig:** Massenmedien in der DDR, zweite, völlig überarbeitete Auflage, Berlin 1989.
- Gunter Holzweißig:** DDR-Presse unter Parteikontrolle - Kommentierte Dokumentation. Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen Instituts Nr. 3, Bonn und Berlin 1992 (nicht im Buchhandel).
- Lothar Loewe:** Abends kommt der Klassenfeind. Eindrücke zwischen Elbe und Oder, Frankfurt/M, Berlin, Wien 1977.
- Peter Ludes (Hrsg.):** DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis "Deutschland einig Fernsehland", Berlin 1990.
- Peter Merseburger:** Grenzgänger. Innenansichten der anderen deutschen Republik, München 1988.
- Heinz Niemann:** Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993.
- Rudolf Reinhardt:** Zeitungen und Zeiten. Journalist in der Nachkriegszeit, Köln 1988.
- Wilfried Scharf:** Das Bild der Bundesrepublik Deutschland in den Massenmedien der DDR. Eine empirische Untersuchung von Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen, Frankfurt am Mein, Bern, New York 1985.
- Michael Schmitz:** Wendestress. Die psychosozialen Kosten der deutschen Einheit, Berlin 1995.

Zum Autor

Gunter Holzweißig, Dr. phil., Leitender Regierungsdirektor im Bundesarchiv Berlin; Lehrbeauftragter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig

Geboren 1939 in Aue/Sachsen

Studium der Zeitgeschichte, Publizistik, Politischen Wissenschaft sowie der Literaturgeschichte in Hamburg und Edinburgh von 1959 bis 1967

1967 bis 1970 wissenschaftlicher Editor bei den "Dokumenten zur Deutschlandpolitik" in Bonn

1970 bis 1982 Referatsleiter für Politik und Zeitgeschichte des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn. Dazwischen beurlaubt von 1979 bis 1981 zum Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn zur Bearbeitung einer Studie über die deutschland- und außenpolitische Instrumentalisierung des DDR-Sports

Von 1982 bis Ende 1991 Berliner Abteilungs- und Dienststellenleiter des Gesamtdeutschen Instituts

Nach der Abwicklung des Gesamtdeutschen Instituts Versetzung zum Bundesarchiv Berlin. Derzeit Leiter einer Projektgruppe, die mit der Erstellung einer Dokumentation über die DDR am Ende des Sozialismus beauftragt ist.

Verfasser zahlreicher Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen sowie von Hörfunkbeiträgen zur Geschichte und insbesondere zur Medien-, Militär- und Sportpolitik der DDR; Gutachtertätigkeit für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"